Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Parteiübergreifende Aktion von Kölner Bundestagsabgeordneten gegen den Krieg der Türkei in Syrien

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

- **Rojava verteidigen – Das türkische Regime führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg**
- **Bürgerwehren machen mobil – Die Steeler Jungs in Essen**
- **Die Auseinandersetzung um europäische Rahmen für Mindestlöhne und -einkommen spitzt sich zu**
- **Wahlkampf in Zeiten der Katalonienkrise**
- **Kalenderblatt, 1. Juni 1794, Preußen: Vereinigungsfreiheit – Voraussetzung pluralistischer Gesellschaften**

Mit Beilage „Rundschreiben Nr. 23 der Linke-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

Ausgabe Nr. 11 am 7. November 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Der Jugoslawien-Krieg – Gestiftetes Unheil

Martin Fochler, München.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 8.10. berichtet Ralph Rotte über eine neue Ausgabe der bei Reclam 2018 gestarteten Reihe „Kriege der Moderne“. (Hans-Peter Kriemann, Der Kosovokrieg 1999). Herausgeber ist das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Rotte berichtet in der Tonlage der Zustimmung „wie Kriemann das Grunddilemma des Kosovo-Krieges darstellt“: „die fundamentale Spannung zwischen innenpolitischer Skepsis bis zur Zerreißprobe der rot-grünen Koalition und außenpolitischem Erwartungsdruck der Verbündeten. Dabei verhehlt er nicht, dass die Bundesregierung an der Eskalation des jugoslawischen Zerfallsprozesses, an dessen Ende der Kosovo-Krieg stand, nicht völlig unschuldig war, denn mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1992 war ‚die Büchse der Pandora geöffnet worden‘. Im Kosovo führten Aktionen der antiserbischen Befreiungsarmee UCK, bei der die ‚Grenzen zwischen Widerstandsorganisation und organisierter Kriminalität . . . fließend‘ waren, 1997/98 zur gewaltsamen Eskalation der Situation.“ Kriemann ist Mitarbeiter des ZMSBw. Die Parabel von der Büchse der Pandora geht auf die griechische Antike zurück. „Heute ist das *Öffnen der Büchse der Pandora* ein Inbegriff für das Stiften eines Unheils, das sich nicht wiedergutmachen lässt.“ (Wikipedia).

Der Vorgang ist aus verschiedenen Blickwinkeln interessant. Wozu braucht die Bundeswehr eine eigene Einrichtung zwecks Geschichtsdeutung? Warum stützt man sich hier nicht auf die zivile Wissenschaft? Warum erfolgt die negative Qualifizierung der Politik der BRD („Stiften eines Unheils“) gerade jetzt? Sie war jahrzehntelang abgestritten worden.

Das Werk umfasst 135 Seiten und ist nach dem Urteil des FAZ-Rezensenten der Autor „ebenso anschauliche wie präzise“ gelungen. Das Werk wird als Teil der Reihe „Kriege der Moderne“ zweifellos in den Bildungsunterricht der Bundeswehr einfließen. Nachdem die Zahl weit rechts außen politisierender Soldaten immer größer wird, wird interessant sein, ob die Einrichtung des ZMSBw dem entgegenwirken oder Vorschub leisten möchte.

Übrigens: Das Wappen des ZMSBw ist, siehe Wikipedia, im Original schwarz-weiß-rot. Militärs geben was auf Flaggen. Es ist die Farbgebung der Reichskriegsflagge, bei der man sich auch emblematisch bedient hat. Die Republik trägt sich schwarz-rot-gold.

https://de.wikipedia.org/wiki/Zentrum_f%C3%BCr_Milit%C3%A4rgeschichte_und_Sozialwissenschaften_der_Bundeswehr#/media/Datei:COA_ZMSBw.svg

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Höcke-Flügel mit völkischem Rentenkonzept

Alfred Küstler, Stuttgart

Leider nur wenige Journalisten machen sich die Recherchemühe in der Programmatik der AfD. Eine dankenswerte Ausnahme lieferte die „Frankfurter Allgemein Sonntagszeitung“. Antje Schmelcher machte dort am 3. November darauf aufmerksam, dass in der AfD zwischen dem Wirtschaftsflügel und dem völkischen Teil ein programmatischer Streit um ein Rentenkonzept besteht.

Der Parteivorsitzende Jörg Meuthen vertritt ein Modell, das einst in der CDU von Friedrich Merz entwickelt wurde: relativ niedrige gesetzliche Rente, ergänzt durch private Vorsorge. Der Höcke-Flügel dagegen hat über die Landtagsfraktion der AfD Thüringen ein völkisches Rentenmodell entwickelt. Nationalismus wird dort um eine soziale Komponente ergänzt. Demnach soll jeder deutsche Rentner unterhalb einer Rente von derzeit rund 1500 Euro einen „Staatsbürgeraufschlag“ erhalten, der eine Rente auf Grundsicherungsniveau um bis zu 300 Euro aufstockt. Davon sollen rund 8,6 Millionen deutsche Rentner profitieren, die rund 2,5 Millionen Rentner ohne deutschen Pass werden „herausgerechnet“ in den schwarz-rot-gold hinterlegten Grafiken.

Warum ist das zu bekämpfen? Beim Tarif und vor der Betriebsverfassung sind alle Beschäftigten unabhängig von ihrer Nationalität gleich. Dieser Grundsatz, seit den großen Zuwanderungen in den 1960er Jahren praktiziert, hat dazu geführt, dass die Arbeitswelt in Deutschland nicht national gespalten ist – trotz aller Ungleichheit bei Art und Qualifikation der Beschäftigung, die vielleicht faktisch, aber eben nicht rechtlich, Beschäftigte ohne deutschen Pass diskriminiert. Auch die vom Lohn abgeleiteten Leistungen, Rente, Kindergeld und Zahlungen bei Krankheit und Invalidität, sind nicht nach der Nationalität differenziert, sondern für alle gleich. Die Rentenhöhe orientiert sich derzeit weitgehend an dem übers Arbeitsleben erzielten Einkommen. Zuschläge gibt es für Frauen, die Kinder geboren haben. Diese recht strikte Anbindung an die Einkommenshöhe führt dazu, dass in Zukunft für eine größere Zahl von Menschen im Alter Armut droht. Die gegenwärtige Regierungskoalition versucht das mit der Einführung einer Grundrente abzufangen; die Lösung ist im Detail nicht einfach, weil der Einkommensbezug bei der Rente erhalten bleiben soll. Die drohende Altersarmut – Realität ist sie als Massenphänomen nicht, derzeit sind Menschen im Rentenalter immer noch deutlich weniger auf staatliche Hilfe angewiesen als z.B. junge Mütter, also Armut im Alter als Zukunftsbefürchtung, weil die Erwerbsbiografie unterbrochen, das Einkommen zu niedrig war – all das wird in der Borschüre der Thüringer AfD-Fraktion mit antikapitalistischer Attitüde breit geschildert (die CDU, die SPD und selbst die Grünen seien von der Finanzwirtschaft durch Großspenden gekauft).

Der AfD-Vorschlag mit der Rentenaufstockung nur für Deutsche ist aber keine Lösung der Altersarmut, sondern dient ausschließlich zur Spaltung der Gesellschaft. So macht dann auch Sinn, dass die Thüringer AfD und Höcke den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“ unter dem Schlagwort „solidarischer Patriotismus“ betreiben. Nach der Rente nur für Deutsche, auch den Tarifvertrag nur für Deutsche?

Rojava verteidigen – Das türkische Regime führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Am 9. Oktober begann der völkerrechtswidrige Angriff des türkischen Regimes auf Rojava in Nordsyrien. Nach diesem Monat hat die Türkei ein Gebiet auf der Länge von 120 km und 32 km tief zwischen Ras al-Ain und Tall Abyad besetzt. Bei dem Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Putin und Erdogan in Sotschi wurde dieses Gebiet der Türkei zugeschlagen und der Rückzug der kurdischen YPG und YPJ aus einer 30 km Zone entlang der türkisch-syrischen Grenze festgelegt. Die Türkei darf 15 km tief gegen Einheiten der Syrisch Demokratischen Verteidigungskräfte (SDF) vorgehen. Die Einhaltung des russisch-türkischen Abkommens wird durch gemeinsame Patrouillen überwacht.

Die Invasion trägt den Namen „Friedensquelle“, ähnlich zynisch wie vor Jahresfrist die Operation „Olivenzweig“, als die türkische Armee mit Al-Quaida-Kämpfern Afrin besetzte. Die deutschen Leopard-Panzer in Afrin sind noch gut im Gedächtnis. Der Angriffskrieg gegen die selbstverwaltete Konföderation Nordsyrien (Rojava) wurde erst mit dem Rückzug der US-Truppen aus der Kampfzone ermöglicht. Die US-Armee zog ihre 1000 Soldaten in den Nordirak und an die Ölfelder Rojavas zurück.

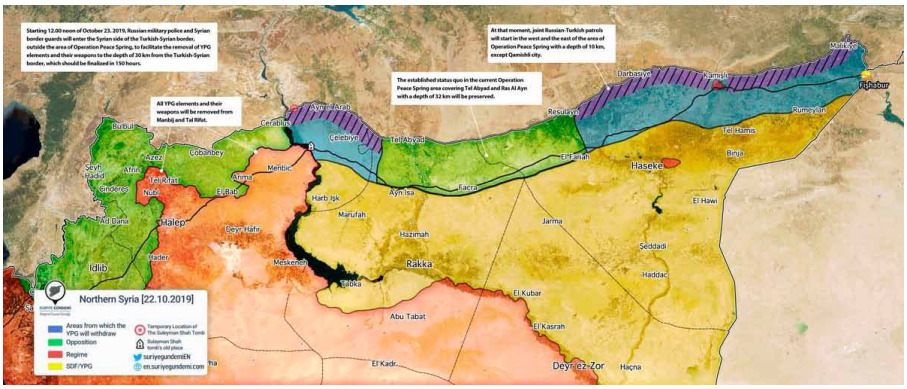
Die Türkei plant die Einrichtung einer 35 Kilometer tiefen „Sicherheitszone“, einen Korridor entlang der gesamten türkisch-syrischen Grenze. Auf der Karte des Osmanischen Reichs kann gut gesehen werden, dass dies alte Gebietsansprüche der Türkei sind. Erdogan plant die Vertreibung der dort ansässigen überwiegenden kurdischen Bevölkerung und der kurdischen Selbstverteidigungskräfte von YPG und YPJ. Ein Ziel ist die Ansiedlung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei sowie von türkisch kontrollierten dschihadistischen Milizen mit ihren Familien. Dazu fordert er von der UN und der EU 26,5 Milliarden Dollar. Erdogan und der UN-Generalsekretär Antonio Guterres trafen sich in Istanbul. Danach erklärte die UN, die Pläne zur Ansiedlung von Millionen Flüchtlingen durch ein Expertenteam in den eroberten Gebieten Nordsyriens zu prüfen. Das UNHCR werde ein Team zusammenstellen und zusammen mit den türkischen Verantwortlichen einen Plan erstellen. (ANF, 3.11.)

Am 24. September 2019, hatte der türkische Präsident Erdogan in der Generalhauptversammlung der Vereinten Nationen seinen Plan einer ethnischen Säuberung der meist kurdischen Bevölkerung mittels eines völkerrechtswidrigen Krieges in Nordsyrien vorgestellt. Sein Hauptargument dabei war der sogenannte Kampf gegen Terror. So versucht Erdogan sich auf ein „Selbstverteidigungsrecht“ zu berufen. Im türkischen Fernsehen und auf Kundgebungen erklärte Erdogan, dass die Armee den kurdischen Milizen „die Köpfe zerquetschen werde“.

Die türkische Armee bombardiert und zerstört Infrastruktur, beschießt zivile Ziele, setzt Phosphorbomben ein. Ihrer Armee vorausgeschickt hat die türkische Militärführung dschihadistische (Freie Syrische Armee) und IS-Verbände. Diese begehen, belegt in Videos auf Social-Media-Kanälen, schwere Verbrechen gegen Zivilisten, gefangengenommene Kämpfer der YPG und YPJ (Fraueneinheiten), sie richten hin, morden und köpfen. Mittlerweile sind 300 000 Menschen auf der Flucht. Trotz zweier von Russland und der Türkei verkündeten Waffenstillstände wurde und wird weiter angegriffen.

In Deutschland und auf der ganzen Welt wird seit Wochen gegen den Angriffskrieg demonstriert. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags erklärte in seinem Gutachten „Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation ‚Friedensquelle‘ in Nordsyrien“: „Im Ergebnis lässt sich selbst bei großzügiger Auslegung des Selbstverteidigungsrechts eine akute Selbstverteidigungslage im Sinne des Art. 51 VN-Charta zugunsten der Türkei nicht erkennen. […] Mangels erkennbarer Rechtfertigung stellt die türkische Offensive im Ergebnis offensichtlich einen Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta dar.“ (www.bundestag.de/resource/blob/663322/fd65511209aad5c6a6eae95eb779fcba/WD-2-116-19-pdf-data.pdf)

Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Maas hatten erst noch bestätigt, dass die Türkei ein „berechtigtes Interesse“ habe. Auf Druck der Demonstrationen und einer aktuellen Stunde im Bundestag sah Maas am 21.10. sich zur Aussage in der Sendung „Berlin direkt“ gezwungen: „Wir glauben nicht, dass ein Angriff auf kurdische Einheiten oder kurdische Milizen völkerrechtlich



Karte oben: Einmarsch der türkischen Armee. Karte unten: Grenzen des Osmanischen Reiches

Parteiübergreifende Aktion von Kölner Bundestagsabgeordneten

legitimiert ist oder auch legitimierbar ist … Wenn es keine Grundlage im Völkerrecht gibt für eine solche Invasion, dann ist sie auch nicht im Einklang mit dem Völkerrecht." (www.ndr.de/nachrichten/Tuerkei-Offensive-Europa-muss-endlich-handeln,syrien930.html) Sein Auftritt am 24.10. in der Türkei bei einem Treffen mit dem türkischen Außenminister konterkarierte sogleich diese Aussage. Dort distanzierte er sich von dem Vorstoß Kramp-Karrenbauers, eine internationale Schutzzone unter starker Beteiligung deutscher Soldaten in Nordsyrien zu errichten.

Zuvor hatte sich Maas maßgeblich auf dem EU-Außenministertreffen in Luxemburg gegen eine noch schärfere Verurteilung des türkischen Einmarsches und ein sofortiges Waffenembargo gestemmt. Der angebliche Waffenstopp aus Deutschland soll nur neue Waffenprojekte betreffen, die die Türkei in Syrien einsetzen könnte. (Antwort auf die Anfrage der Linken im Bundestag, siehe „Süddeutsche Zeitung", 19.10.2019) Ansonsten wird kräftig weiter geliefert: Bis zum 9. Oktober wurden Rüstungslieferungen im Wert von 28,5 Millionen Euro genehmigt. Das ist bereits jetzt mehr als doppelt so viel wie im gesamten Jahr 2018 mit 12,9 Millionen Euro. „Auch die Einzelgenehmigungen an die Türkei stiegen dieses Jahr an – waren es 2018 noch 58, haben sie sich in den ersten neuneinhalb Monaten dieses Jahres auf 182 mehr als verdreifacht." Nicht nur die Zahl der neuen Genehmigungen, sondern auch die momentan tatsächlich stattfindenden Lieferungen erreichen Rekordwerte: „In den ersten acht Monaten des Jahres [2019] hat die Türkei Kriegswaffen im Wert von 250,4 Millionen Euro von Deutschland erhalten. Das ist bereits jetzt der höchste Jahreswert seit 2005." (Tagesschau, 17.10.2019, www.imi-online.de)

Mit der russisch-türkischen Vereinbarung und dem erzwungenen Rückzug des SDF aus dem Grenzgebiet gehen Gebiete in Rojava verloren, von denen die Revolution ausgegangen war. Dazu gehört Kobane, die Stadt, in der der IS seine erste große Niederlage erlitt. Derzeit erscheinen Erdogan, Assad und Putin Erfolg zu haben. Die türkische Invasion wird sanktioniert, Assad bekommt weitere Kontrolle über verlorengeglaubte Gebiete, und Putin festigt den russischen Einfluss im Mittleren Osten. Eines seiner Ziele ist die immer weitere Abspaltung der Türkei von der Nato.

Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Ischinger fordert die weitere Zusammenarbeit mit der Türkei: „Die Türkei ist und bleibt ein Nato-Partner und ein wichtiges Bindeglied für alle strategischen Fragen der Region. Wir müssen uns klar werden, was unser Interesse ist." So drängt er ähnlich wie Kramp-Karrenbauer auf die Ausdehnung einer eigenen deutschen und europäischen Politik in Mittleren Osten, was er „Verantwortung übernehmen" nennt. (www.rnd.de/politik/ischinger-die-bundesregierung-verharrte-viel-zu-lange-in-lethargie-25PP2FJR2FEGXNNC3DOBKNWXVQ.html)

Die politische und militärische Lage in Nordsyrien ist weiterhin fragil und unübersichtlich. Es droht ebenso die Reorganisierung des IS. Die geplante Vertreibung aus und Neuansiedlung in Rojava wird die Konflikte weiter verschärfen.

Eine Politik, die auf Frieden zielt und Rassismus und Nationalismus ablehnt, muss die Werte Rojavas verteidigen.

Als Konsequenz müssen die Waffenlieferungen an die Türkei komplett gestoppt und die milliardenschwere finanzielle Unterstützung des türkischen Regimes von der EU eingefroren werden. Die Kriegsverbrechen müssen vor dem Gerichtshof in Den Haag verhandelt werden. Die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Deutschland, die Verfolgung wegen Unterstützung von YPG und YPJ muss endlich ein Ende finden.

Aktionen in Stuttgart, Karlsruhe, Flughafen Frankfurt, Flughafen Leipzig, Berlin und Dresden.

DOK: Der Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation von Nordsyrien

Die Revolution von Rojava steht im krassen Kontrast zu den monistischen Staaten des Mittleren Ostens, die auf eine Identität, eine Nation und eine Sprache und eine Religion setzen und jede Abweichung diskriminieren oder gar zu vernichten versuchen. Rojava umfasst viele Ethnien, viele Identitäten, viele Religionen und Weltanschauungen und zielte von Beginn der Revolution darauf ab, durch direkte Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen ein Modell von pluralistischer, radikaler Demokratie zu schaffen. Dieses Denken schlägt sich auch im Namen wieder – *Rojava* ist ein kurdischer Name, doch die *Demokratische Föderation Nordsyrien* repräsentiert nicht nur Kurdinnen und Kurden, daher reichte die ursprüngliche Bezeichnung der Region nicht aus. Die Demokratische Föderation Nordsyrien grenzt sich von Staatlichkeit und Nation scharf ab, was sich auch in der Präambel des Gesellschaftsvertrags niederschlägt.

Frauenbefreiung, Ökologie und Demokratie stehen als Grundprinzipien gleich am Anfang des Gesetzeswerkes. Insbesondere die Hervorhebung der lokalen Selbstverwaltung der Menschen in Räten und zivilgesellschaftlichen Organisationen hebt dieses Werk von anderen Verfassungen deutlich ab. Im Rahmen des Gesellschaftsvertrages haben alle Menschen in den Kantonen das Recht, über ihre eigenen Anliegen zu entscheiden: Die Macht liegt in der Region und nicht im Zentrum. Das gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, sich selbst zu repräsentieren und über ihr Leben zu entscheiden.

Auch menschenrechtlich ist dieser Vertrag beispielhaft. So dürfen Asylsuchende nicht gegen ihren Willen abgeschoben werden, und jeder Bürger und jede Bürgerin haben das Recht auf medizinische Versorgung, Arbeit und Wohnraum. Sicher ist es ein langer Weg, bis eine Realität geschaffen ist, in der die Menschen ihre im Gesellschaftsvertrag verankerten Rechte vollkommen in Anspruch nehmen können. Dass die Menschen in Nordsyrien in dieser Situation ein solche Verabredung treffen und sich auf ein solches Dokument einigen, untermauert die immense Bedeutung ihres Projekts – Friede bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern gesellschaftliche Versöhnung, Demokratie, Ökologie, Frauenbefreiung und soziale Gerechtigkeit.

Die Demokratische Föderation Nordsyrien sieht sich ganz klar im Kontext einer zukünftigen Demokratischen Föderation Syrien – jenseits des Baath-Regimes und imperialistischer Einflussnahme der Großmächte. So sollen die Bodenschätze gerecht geteilt und eine gemeinsame Verfassung ausgearbeitet werden. Dieser Gesellschaftsvertrag stellt ein Beispiel für eine mögliches friedliches Syrien der Zukunft dar und gibt Hoffnung, dass eine demokratische Alternative zur kapitalistischen Moderne und nationalstaatlicher Barbarei in die Welt ausstrahlen kann.

Präambel des Gesellschaftsvertrags

Wir, die Völker von Rojava in Nordsyrien – Kurd*innen, Araber*innen, Assyrer*innen, Turkmen*innen, Armenier*innen, Tschetschen*innen und Tscherkess*innen, Muslime, Christen, Jesiden sowie Anhänger*innen der verschiedenen Glaubensrichtungen und kleinerer Religionsgemeinschaften – erklären, dass der Nationalstaat Kurdistan, Mesopotamien und Syrien zum Dreh- und Angelpunkt des Chaos im Nahen Osten gemacht und unseren Völkern schwere Krisen und Leiden gebracht hat.

Die tyrannische, nationalistische Regierung, die den Völkern in Syrien weiterhin Ungerechtigkeit und Unterdrückung zufügt, hat das Land in einen Zustand der Zerstörung und Verwüstung geführt, die das gesellschaftliche Gefüge auseinandergerissen haben.

Wir sind davon überzeugt, dass ein demokratisches föderales System die beste Lösung für die Beendigung des Chaos und für die Bewältigung der historischen, sozialen und nationalen Probleme in Syrien darstellt.

Die Demokratische Föderation Nordsyrien beruht auf einem geografischen Konzept sowie administrativer und politischer Dezentralisierung. Sie ist Teil der Vereinigten Demokratischen Föderation Syriens.

Die Demokratische Föderation Nordsyrien übernimmt ein konsens-basiertes Regierungssystem, in dem alle Individuen und Gruppen an den Diskussionen und Entscheidungsprozessen gleichberechtigt beteiligt sind. Auf Grundlage der Koexistenz und Geschwisterlichkeit werden in der Föderation alle ethnischen und religiösen Gruppen mit all ihren Charakteristiken respektiert. In der Föderation besitzen alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten. Die Föderation respektiert alle Menschenrechtsverträge und ist bestrebt, den inneren und internationalen Frieden zu fördern.

Im Rahmen des konsensbasierten, demokratischen, föderalen Systems bilden alle Bevölkerungsteile, insbesondere Frauen und Jugendliche, ihre demokratischen Organisationen und Institutionen. Alle politischen, sozialen und kulturellen Aktivitäten sollen frei ausgeübt werden können und jeder Mensch soll ein erfülltes, freies und gleichberechtigtes Leben führen können.

Mit diesem Vertrag stellt die Demokratische Föderation Nordsyrien ihr Regierungssystem auf die Grundlage der moralischen und materiellen Werte der demokratischen Zivilisation des Nahen Osten. Dieser Vertrag wurde mit dem freien Willen aller Bevölkerungsteile Nordsyriens und gemäß den Prinzipien einer demokratischen Nation beschlossen.

www.civaka-azad.org/der-gesellschaftsvertrag-der-demokratischen-foederation-von-nordsyrien/

DOK Stellungnahmen der kurdischen Kräfte

„Methoden der syrischen Regierung sind nicht lösungsorientiert"

31.10.2019. Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien hat sich in einer schriftlichen Stellungnahme zu dem zwischen den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) und der syrischen Armee geschlossenen Abkommen geäußert:

„Das über die Vermittlung Russlands geschlossene Abkommen zwischen der Generalkommandantur der QSD und der syrischen Armee beinhaltet die Grenzsicherheit und den Schutz der territorialen Gesamtheit Syriens vor den Besatzungsangriffen der Türkei. Die Generalkommandantur der QSD und die Autonomieverwaltung haben bereits zuvor erklärt, dass das Ziel dieses Abkommens die Sicherheit der Grenzlinie und die Souveränität Syriens ist. Ein Abkommen zu den Einrichtungen und der Arbeit der Autonomieverwaltung ist nicht getroffen worden. Alle Einrichtungen und Mitarbeiter*innen der Autonomieverwaltung setzen ihre Arbeit fort und erfüllen ihre Mission in allen Bereichen. Die Autonomieverwaltung hat mehrmals zum Dialog aufgerufen und hält diesen Aufruf weiter aufrecht. Die Generalkommandantur der QSD und die Autonomieverwaltung haben einen großen Schritt für eine wirkliche und dauerhafte Lösung der Syrien-Krise gesetzt.

Die Ministerien für Verteidigung, Inneres und Bildung der Regierung in Damaskus haben in diesem Zusammenhang Aufrufe an Einzelpersonen innerhalb der Autonomieverwaltung gerichtet. Diese Methode dient jedoch nicht einer politischen Lösung, sondern vertieft die Krise weiter. Wenn die Regierung in Damaskus eine Lösung der Syrien-Krise ernsthaft verfolgt, muss sie es den Einrichtungen der Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien in offener Form kundtun.

Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien hat im Krieg gegen den IS über 11 000 Gefallene zu verzeichnen. Über 24 000 Menschen wurden verletzt. Täglich gibt es Dutzende weitere Opfer. Fast die Hälfte Syriens ist von Terrororganisationen befreit worden. Wir versorgen die Menschen, die von den Angriffen Erdoğans auf Syrien betroffen sind.

Die Autonomieverwaltung hat sich immer für die Einheit Syriens und die Geschwisterlichkeit der Völker in der Region eingesetzt. Unsere Waffen haben sich gegen den Terror gerichtet. Wir haben den Menschen in Syrien die Hand gereicht. Um die Errungenschaften der Bevölkerung zu schützen, haben wir einen hohen Preis gezahlt und unser Kampf geht weiter.

Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien ist zu Gesprächen mit allen Parteien bereit, die sich für eine politische Lösung einsetzen und für die Völker kämpfen. Wir werden mit aller Kraft weiterarbeiten für ein vielfältiges und demokratisches Syrien, in dem Rechte und Freiheiten respektiert werden."

https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/methoden-der-syrischen-regierung-sind-nicht-loesungsorientiert-15076

Die Pläne der verschiedenen Kräfte in Syrien

Seyit Evran, Freitag, 1 Nov 2019, 7:12. Das Verhalten Russlands und der USA zum Angriff auf Rojava, das sich im Abzug der USA und verschiedenen sogenannten Waffenstillstandsvereinbarungen widerspiegelt, zeigt deutlich, dass dahinter ein planvolles Vorgehen steckt. Wenn es kein Abkommen zwischen den USA und Russland über die Invasion der Türkei in Nordsyrien sowohl zwischen diesen Kräften als auch mit der Türkei gegeben hätte, dann hätten diese ein Abkommen und einen Waffenstillstand zwischen der Demokratischen Selbstverwaltung und der Türkei vermittelt. Aber stattdessen haben sie eine Kraft, die seit acht Jahren Widerstand leistet, die im Kampf gegen barbarische Kräfte wie dem IS 11 000 Gefallene hatte, so behandelt, als existiere sie nicht. Sie haben ein Prozess eingeleitet, in dem es um nichts weiter als um die Legitimierung der Besatzung geht. Dazu gehört, dass keine dieser Parteien auch nur das geringste Interesse am Waffenstillstand gezeigt hat. Denn der Angriff hat nicht einmal für einen Moment nach dem angeblichen Beginn der Waffenruhe aufgehört. Normalerweise gibt es Beobachter für so einen Waffenstillstand. Aber weder haben der türkische Staat und seine furchtbaren Milizen ihren Angriff eingestellt noch wurde eine Delegation gebildet, um die sogenannte Feuerpause zu beobachten. Die USA und Russland haben sich selbst an die Stelle der autonomen Selbstverwaltung gesetzt und ein ihren und den Interessen der Türkei entsprechendes, die Erdoğan-Invasion legitimierendes Abkommen geschlossen.

Beide Kräfte haben ihre politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen, aus denen heraus sie die Invasion unterstützen. So hat die Revolution von Rojava und Nordostsyrien das System und den Status quo beider Kräfte wie auch in der Türkei erschüttert. Deshalb gab es für sie kein besseres Mittel als Erdoğan, der seine Existenz auf Kurdenfeindschaft aufbaut, um dieses System zu beseitigen. Anstelle des Modells in Nord- und Ostsyrien ein System wie in Südkurdistan einzurichten, ist im Interesse beider Mächte. Deswegen hatten die USA bei ihrem Abkommen mit der Türkei Angriffe auf Kobanê ausgenommen. Deshalb hat Russland in seinem Abkommen mit der Türkei Angriffe auf Qamişlo ausgenommen. Es geht dabei darum, zwei Zentren wie die südkurdischen Metropolen Silêmanî und Hewlêr zu schaffen. Die Kurden sollten in diesen beiden Städten weiter existieren dürfen, während sie aus ganz Nord- und Ostsyrien ansonsten vertrieben oder vernichtet werden sollten. Das wird aber erst nach den völkermörderischen Angriffen Erdoğans erlaubt. So wie in Südkurdistan, als die Autonomieregion erlaubt wurde, nachdem Saddam seinen Genozid mit chemischen Waffen vollzogen hatte.

https://anfdeutsch.com/hintergrund/analyse-die-plaene-der-verschiedenen-kraefte-in-syrien-15082

„Verfassungskomitee ohne Selbstverwaltung nicht bindend"

30.10.2019. Am Mittwoch sind in Genf erstmals die Mitglieder des vom UN-Sonderbeauftragten für Syrien Geir Pedersen ins Leben gerufenen Komitees zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Syrien zusammengekommen. Pedersen sprach bei der Eröffnung von einem „historischen Moment" und einem „neuen Kapitel für Syrien". Auf Drängen der Türkei saß eine Partei nicht am Tisch: Die autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens. Diese hat anlässlich des Welt-Kobanê-Tags am 1. November eine Stellungnahme abgegeben, in der die Autonomiebehörde auch darauf hinweist, kein Ergebnis der Genfer Zusammenkunft zu akzeptieren, solange die Selbstverwaltung aus den Gesprächen ausgeschlossen bleibt.

In der Erklärung spricht die nordostsyrische Autonomieverwaltung zunächst den 30 Ländern, die den Widerstand von Kobanê unterstützten, ihren Dank aus. „Der Welt-Kobanê-Tag war ein Tag der Solidarität mit dem historischen Widerstand in der Stadt Kobanê, in der der IS besiegt wurde. Dieser Sieg trug maßgeblich dazu bei, dass der Terror auch in den anderen Regionen Syriens beseitigt werden konnte." Die Selbstverwaltung weist zudem auf die Unterstützung der türkischen Regierung für die Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat" (IS) hin: „So wie heute unterstützte die faschistische Regierung unter Erdogan auch im Widerstand von Kobanê den IS und spielte eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung der Miliz in Syrien, Irak und dem Rest der Welt. Tausende Menschen, darunter Frauen und Kinder, wurden vom IS brutal massakriert und auf Sklavenmärkten

verkauft. Zahlreiche kurdische Kämpferinnen und Kämpfer opferten ihr Leben, um die Menschheit angesichts dieses Terrors zu verteidigen."

Nun stehe das kurdische Volk erneut einem Massaker gegenüber, da die Sicherheit, Demokratie und das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften in Nord- und Ostsyrien wieder im Visier des türkischen Staates sind, erklärt die Selbstverwaltung.

„Die Demokratischen Kräfte Syriens und ihre Komponenten YPG und YPJ haben im Kampf gegen den Terrorismus mehr als 11 000 Kämpferinnen und Kämpfer verloren. Über 20 000 ihrer Angehörigen wurden verletzt. Die Welt ist den Kurden und anderen Gemeinschaften in den selbstverwalteten Gebieten Nord- und Ostsyriens, die im Namen der ganzen Welt für Frieden und Sicherheit gekämpft und all dieses große Opfer gebracht haben, etwas schuldig. Die internationale Gemeinschaft sollte ihrer moralischen Verpflichtung nachkommen, die Kurden und die anderen Gemeinschaften vor den Massakern und ethnischen Säuberungen zu schützen, die die türkische Armee und ihre dschihadistischen Verbündeten in der Selbstverwaltungszone verüben", fordert die Autonomieverwaltung.

Zu den Genfer Gesprächen heißt es in dem Statement: „Der UN-Sonderbeauftragten für Syrien Geir Pedersen sagte, dass die Syrienkrise durch das Verfassungskomitee und die Genfer Konferenz gelöst wird. In diesem Zusammenhang möchten wir Herrn Pedersen nach den Kriterien fragen, die bei der Auswahl der Teilnehmer des Komitees und bei den Genfer Gesprächen angewandt wurden. Ist es fair, die Kurden auszuschließen, die gegen den Terrorismus gekämpft und große Opfer gebracht haben, und alle radikalen, von der Türkei unterstützten Gruppen einzuladen, die mit der Al-Nusra-Front, Ahrar al-Sham und anderen extremistischen Gruppen verbunden sind?

Der Ausschluss der Selbstverwaltung aus dem Verfassungskomitee für Syrien bedeutet nichts anderes, als den Willen von fünf Millionen Menschen zu missachten. Wir fordern Herrn Pedersen auf, die Vertreter Nord- und Ostsyriens miteinzubeziehen, da das kurdische Volk keine Ergebnisse akzeptieren oder sich zu diesen verpflichten wird, solange es aus dem Komitee ausgeschlossen bleibt. Solange die Repräsentanten der Selbstverwaltung in diesen Prozess nicht miteinbezogen werden, wird sich der Konflikt weiter verschärfen."

https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/verfassungskomitee-ohne-selbstverwaltung-nicht-bindend-15047

Papua-Neuguinea: Projekt gegen die Folgen der Dürre

Edda und Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Der Staat Papua-Neuguinea (PNG) liegt im Westen der Insel Neuguinea, der nach Grönland zweitgrößten Insel der Welt, und zu ihm gehören 600 äußere Inseln zwischen Salomon- und Bismarck-See an. Auch wenn seine Bewohner fotografisch immer noch das Bild des „edlen Wilden" herzeigen müssen, hat dieser seit 1975 unabhängige Staat (zuletzt zu Australien gehörig) im letzten Jahrhundert eine rasante Entwicklung von der Steinzeit in die Moderne erlebt. Meist deutsche Missionare errichteten dort im 19. Jahrhundert die ersten Schulen, brachten medizinische Hilfe, aber auch die üblen Folgen der Kolonisation ins Land.

Die Landesfläche entspricht der Größe von Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen. Der Inselstaat ist sehr rohstoffreich an Gold, Kupfer, Nickel, Kobalt, Öl und Erdgas, aber durch die weit verbreitete Korruption und die ausländische Ausbeutung profitieren nur wenige Insulaner davon. Die sieben Millionen Einwohner kommen aus rund 1000 Volksgruppen, sprechen über 800 verschiedene Sprachen. PNG versteht sich als „christliches Land", da dort 60% offiziell der protestantischen und 37% der katholischen Kirche angehören. Der Animismus mit seinem Glauben an Geister, Ahnen und überirdische Mächte ist nach wie vor stark verbreitet und man besinnt sich zurück auf alte lokale Traditionen.

Etwa 85 % der Bevölkerung leben in traditionellen Gemeinschaften, von denen viele in abgelegenen Küsten- oder Bergregionen liegen. Papua-Neuguinea ist eine ländliche Gesellschaft, viele Menschen sind auf Subsistenzwirtschaft und Fischerei angewiesen. Etwa die Hälfte der Arbeitskräfte arbeitet in der Landwirtschaft, die 15% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet. Zwar sind schätzungsweise 30% der Fläche für die Landwirtschaft geeignet, aber nur nur 2,2% werden für die kommerzielle Landwirtschaft genutzt. Insgesamt ist die landwirtschaftliche Produktivität in PNG aufgrund der geografischen Struktur, des Zugangs zu grundlegenden Kenntnissen und Betriebsmitteln und durch den unzureichenden Marktzugang sehr gering. Laut dem Nationalen Landwirtschaftsentwicklungsplan 2007–2016 betrug das Wachstum im Agrarsektor in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nur etwa 1%, während das Bevölkerungswachstum durchschnittlich 2,7% betrug.

Nur eine geringe Zahl der Menschen verfügt über ein regelmäßiges Einkommen. Schätzungsweise sind über 2 Millionen Papua-Neuguineer, etwa 40% der Bevölkerung, arm und in Not. Diese Lage hat sich in den letzten Jahren vor allem in der Hochlandregion noch verschärft. Ursache dafür ist vor allem das Wetterphänomen des El Niño, der etwa alle drei bis sieben Jahre durch den Anstieg der Oberflächentemperatur des Pazifischen Ozeans im Osten an der südamerikanischen Küste zu Regenfällen und Flutkatastrophen, im Westlichen Pazifik dagegen zu einer strengen Dürre führt. Derzeit sind mehr als 1,8 Millionen Menschen im ganzen Land, vor allem aber in der Hochlandregion, von anhaltender Dürre und Frost betroffen. Die Ernten fallen aus, die Wasserversorgung versiegt, die Menschen hungern.

Ein neues Projekt im Hochland

Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist bisher von lokal angebauten Regenpflanzen abhängig. Deshalb wurden die Landwirte bereits 2015 ermutigt, trockentolerante afrikanische Yams anzubauen, die als Yamspulver zum Kochen während der Trockenzeit genutzt werden könnten. Neue Projekte, auf Grund der Dürre im Jahr 2016 entstanden, sollen dazu beitragen, die Nahrungsmittelproduktion des Landes vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. So verspricht die Regierung, Kleinbauern einen verbesserten Zugang zu langfristigen Wetter-Prognosen zu ermöglichen und die Gemeinden dabei zu unterstützen, fundiertere Entscheidungen über landwirtschaftliche Maßnahmen wie etwa einen günstigeren Fruchtwechsel zu treffen.

Ein eigenes auf fünf Jahre angelegtes Projekt wurde jetzt von dem Social Science Research Program von ACIAR (Australian Centre for International Agricultural Research) unter der Leitung von Dr. Jayne Curnow in Angriff genommen und finanziert. „Wir wissen aus den Daten, dass diese extremen Wetterereignisse künftig häufiger auftreten werden," sagt Dr. Curnow. „Wenn wir den Landwirten saisonale Prognosen zur Verfügung stellen können, um fundierte Entscheidungen darüber zu treffen, was sie wann anbauen, dann werden die Gemeinden in Zukunft besser auf ähnliche Ereignisse vorbereitet sein." Neu dabei ist, dass sichergestellt werden soll, dass die Verteilung der saisonalen Prognosen zukünftig neben den Männern nun auch gezielt die Frauen erreicht. Das sei entscheidend für den Erfolg des Projektes.

https://www.aciar.gov.au/publications-and-resources/news/Informing-climate-smart-agriculture-PNG#targetText=Informing%20climate-smart%20agriculture%20in%20PNG&targetT

DOK Aktionen – Initiativen: Türkische Syrien-Offensive stoppen

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Stoppt den Krieg – Solidarität mit Rojava

Wir fordern:
1. Den sofortigen Rückzug der türkischen Armee und ihrer Verbündeten aus Nordsyrien.
2. Den Stopp der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei.
3. Sofortige Schritte für eine politische Lösung der Krise in Syrien unter Beteiligung von Frauen, Frauen- und Volksvertretern aus allen verschiedenen nationalen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften in Syrien zu unternehmen, sowie die Anerkennung der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien.
4. Den Stopp der Kriminalisierung des politischen Engagements von kurdischen Aktivist*innen in Deutschland.

Die Demokratische Föderation Nordostsyriens (Rojava) steht beispielhaft für die Vision eines friedlichen und demokratischen Mittleren Ostens, dessen Basis die Befreiung der Frau ist. Das soll jetzt zerstört werden. Die türkische Armee begeht mit ihrem Angriffskrieg Kriegsverbrechen, indem sie zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder die Stromzufuhr bombardiert sowie gezielt Zivilist*innen angreift, vor allem betroffen sind Frauen und Kinder. Mit diesem Krieg droht der IS erneut zu einer Gefahr zu werden – nicht nur für Rojava, auch für Europa. Es waren die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und die lokalen Selbstverteidigungskräfte (YPG und YPJ) aus Rojava, die den IS und seinen Kalifatsstaat besiegten.

Der türkischen Regierung geht es nicht um die Sicherung der Grenzen, sondern um die Vertreibung der Kurd*innen und der anderen Völker aus der Grenzregion und die Zerstörung der selbstverwalteten Region Rojava. Es ist außerdem ein direkter Angriff auf die Errungenschaften der Frauenrevolution, sowie die Frauenbefreiung. Die geplante Einrichtung einer sogenannten „Schutzzone" bedeutet eine ethnische Säuberung und Umsiedlungspolitik des Gebietes. Was das bedeutet sieht man im nordsyrischen Efrîn, das von der türkischen Armee letztes Jahr erobert wurde und in dem nun Willkür und Terror herrscht.

Das weitgehende Stillschweigen der Regierungen der EU bedeutet Zustimmung zu diesem Krieg der Türkei. Wirtschaftliche Interessen und die mit dem Flüchtlingsabkommen geschaffene Abschottung gegen Geflüchtete sind ihnen wichtiger als Menschenrechte, Frauenbefreiung, Demokratie und Frieden. Wir bekunden unsere Solidarität mit Rojava und fordern das sofortige Ende des Krieges durch die Türkei sowie den Rückzug der türkischen Armee.

Aus Demo-Aufruf zum 2.11. in Berlin

https://stopptdenkrieg.noblogs.org/post/2019/10/26/stoppt-den-krieg-solidaritat-mit-rojava/#more-104

Demounterstützung gegen Einmarsch der Türkei in Syrien

Die Linke unterstützt den Aufruf für die bundesweite Demonstration „Stopp den Krieg – Solidarität mit Rojava" am 2. November ...

Türkisches Militär raus aus Syrien: Die Linke verurteilt die völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Nordostsyrien. Das Agieren der Bundesregierung in Bezug auf Nordsyrien kann nur noch als zynisch bezeichnet werden. Sie hat – wie alle anderen EU-Staaten auch – tagelang geschwiegen, als die USA ihren Abzug ankündigten, und damit der Türkei praktisch grünes Licht signalisiert. Zynischerweise schickt die US-Regierung nun wieder Truppen zur Absicherung von Ölquellen. Nach Beginn der Invasion hat sie ein paar halbherzige kritische Worte geäußert, jetzt aber fährt Außenminister Maas nach Ankara, um das gute deutsch-türkische Verhältnis zu pflegen. Damit macht sich die Bundesregierung mitschuldig an den Kriegsverbrechen der Türkei in Nordsyrien ... Mehr als 200 000 Menschen wurden bereits vertrieben. IS-Kämpfer konnten durch die Kampfhandlungen entkommen. Hilfsorganisationen mussten auf Grund der Bedrohung die Region verlassen. Die verschiedenen Feuerpausen, die einerseits zwischen den USA und der Türkei und andererseits zwischen Russland und der Türkei ausgehandelt wurden, werden von der Türkei und ihren Milizen offen ignoriert, die Angriffe der türkischen Armee und ihren verbündeten Mörder-Schergen gehen tagtäglich weiter.

Die Errichtung einer Kontrollzone in Nordsyrien, wie sie sich die Türkei vorstellt, muss unbedingt verhindert werden. Schon im von der Türkei besetzten Afrin kommt es zu Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen. Die Türkei hat nun auch in den neu besetzten Gebieten in Nordsyrien eine umfangreiche demographische Veränderung begonnen ... Auch mit der syrischen Armee als Protektoren gibt es keine hinreichende Garantie auf Sicherheit, Einhaltung der Menschenrechte oder eine zukünftige Anerkennung autonomer Rechte in der Region Rojava. Die syrische Regierung ist aufgefordert, die Autonomierechte in der Region Rojava / Nordsyrien anzuerkennen.

Die Vereinbarung zwischen Putin und Erdogan heißt de facto eine Anerkennung der bisherigen Besatzung und damit der damit verbundenen Vertreibungen der angestammten Bevölkerung aus der Region Nordsyriens. Diese Vereinbarung berücksichtigt die Autonomieentwicklung in der Region Nordsyrien / Rojava nicht.

Die Bundesregierung spielt international bzgl. des Einmarsches der Türkei eine fatale Rolle. Es gibt Unbehagen, aber keine klare Kritik am Agieren der türkischen Regierung. Statt gemeinsam klipp und klar direkten Druck auf die türkische Regierung auszuüben, wird der Krieg zur koalitionsinternen Profilierung genutzt.

Der Vorschlag der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) für eine „Sicherheitszone" ist völlig unausgegoren, abenteuerlich und im Effekt gefährlich. U.a. wären damit ca. 2 600 Bundeswehrsoldat*innen in Nordsyrien stationiert worden. Es spricht Bände, dass Außenminister Heiko Maas den Vorschlag von AKK beim Treffen mit dem türkischen Außenminister in der Türkei versenkt ... Die Bundesregierung verhinderte kurz nach dem Einmarsch der Türkei eine klare Beschlusslage innerhalb der EU für einen sofortigen Stopp aller laufenden und begonnenen Rüstungsexporte.

Die deutsche Bundesregierung war nicht in der Lage eine geordnete Rückkehr von deutschen IS-Anhänger*innen in die Wege zu leiten, um sie hierzulande vor Gericht zu stellen. Nun droht die Gefahr, dass IS-Anhänger*innen im Zuge des Krieges entkommen.

Dass die Bundes- und einige Landesregierungen bis heute das Zeigen von YPG- und YPJ-Fahnen kriminalisieren, ist skandalös.

– Wir fordern von der deutschen Bundesregierung eine klare Verurteilung des Einmarsches der Türkei als völkerrechtswidrig sowie einen tatsächlichen sofortigen Stopp der Ausfuhr von Rüstungsgütern in die Türkei.
– Ein Rückzug der Türkei aus Rojava / Nordsyrien, den jetzigen besetzen Gebieten, ist politisch zwingend.
– Wirtschaftssanktionen gegen Syrien lehnt Die Linke ab.
– Militärisch abgesicherte so genannte Sicherheitszonen, wie z.B. von Annegret Kramp-Karrenbauer vorgeschlagen, helfen den Menschen vor Ort nicht, sondern sichern de facto die Besatzung der Türkei ab.
– Ein Einsatz der Bundeswehr in dieser

Region lehnen wir ab. Der bisherige Bundeswehreinsatz muss beendet werden.
– Die Forderung nach sofortiger Beendigung der Zusammenarbeit mit der Türkei im polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Bereich ist und bleibt richtig.
– So genannte Flugverbotszonen sind abzulehnen. Im Krieg gegen Libyen führte der Beschluss von Flugverbotszonen zu einer fatalen militärischen Intervention.
– Die Bundesregierung muss die deutschen Staatsangehörigen unter den IS-Kämpfern zurück nehmen und vor Gericht stellen.
– Die Beendigung der privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung wie etwa die Hermes-Bürgschaften oder die EU-Vor-Beitrittshilfen.
– Die Kriminalisierung des Zeigens von kurdischen Symbolen muss aufhören. YPG– und YPJ-Fahnen müssen auch in Deutschland erlaubt sein. Das PKK-Verbot ist aufzuheben.

Beschluss des Parteivorstandes vom 27.10.2019

Erklärung Katja Kipping, Vorsitzende der Partei Die Linke:

„Das Projekt der autonomen Selbstverwaltung in Rojava ist ein erfolgreiches Beispiel für basisdemokratisches Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen und Religionen in einer Region, die von ethnischen und religiösen Konflikten geschüttelt wird. Hier gibt es zudem größere Fortschritte für die Gleichberechtigung der Frauen als in praktisch jedem anderen Land der Region.
Damit ist Rojava mehr als ein Opfer von Bürgerkrieg, Stellvertreterkriegen und der türkischen Invasion. Rojava ist ein Symbol der Hoffnung, dass sozialer Fortschritt und friedliches Zusammenleben in dieser Region trotz aller Widrigkeiten möglich ist. Damit ist es eine Herausforderung für alle, die ihre Macht auf die Trennlinien zwischen Ethnien und Religionen und dem Hass und der Unterdrückung der anderen aufbauen. Die Zerstörung dieses Symbols ist ein wesentliches Motiv der türkischen Aggression. Der Schutz des Projektes Rojava muss ein wesentliches Motiv der internationalen Bemühungen um Frieden in der Region sein.“

www.die-linke.de

Linke-Parteivorsitzender Bernd Riexinger spricht bei einer Kundgebung in Stuttgart.

Türkische Offensive in Syrien stoppen! Petition an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterzeichnen

... Als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat muss Deutschland nun handeln und die völkerrechtswidrige Besetzung fremden Staatsgebietes gemeinsam mit anderen UN-Mitgliedsstaaten auf das Schärfste verurteilen. Der Weltsicherheitsrat muss die türkische Regierung mit allen diplomatischen Mitteln zum sofortigen Stopp des Militäreinsatzes verpflichten. Aufgrund der Vielzahl von Staaten, die in den Syrienkrieg involviert sind, ist eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region nach dem Vorbild der KSZE anzustreben, um laufende Friedensprozesse in Syrien zu stärken. Deutsche Rüstungsexporte in die Türkei müssen sofort gestoppt und bereits erteilte Genehmigungen zurückgenommen werden. Die Bundesrepublik trägt hier eine besondere Verantwortung, wurden doch bereits bei der Eroberung der mehrheitlich von Kurd*innen bewohnten Stadt Afrin durch die türkische Armee im Januar 2018 deutsche Panzer eingesetzt.
Ich unterzeichne den Appell und fordere die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf:
Die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei für bilaterale Gespräche zu nutzen, um von der türkischen Regierung einen Stopp des Militäreinsatzes zu fordern. Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend und vollständig zu stoppen. ... Gleichzeitig die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei als ein Land, das einen Angriffskrieg führt, im Rahmen der Nato in Frage zu stellen.
Die Friedensprozesse in Syrien durch den Anstoß einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region zu stärken.

www.dfg-vk.de/unsere-themen/kriege-und-konflikte/

Offener Brief an NRW-Innenminister Herbert Reul

Im Vorfeld einer Demonstration in Köln gegen die türkische Invasion in Nordsyrien warnten die Behörden von Nordrhein-Westfalen vor Tausenden bewaffneten Jugendlichen und entwarfen damit ein realitätsfernes Schreckensszenario. Die Anmelder der Demonstration haben sich mit einem offenen Brief an den Landesinnenminister Herbert Reul gewandt und das Vorgehen der Behörden verurteilt:

Am Samstag, dem 19. Oktober 2019, nahmen in Köln wie angemeldet ca. 15000 Menschen friedlich an der Demonstration „Gegen den Angriffskrieg der Türkei, Solidarität mit Rojava“ teil ... Schon im Vorfeld hatte die Polizei Stimmung gegen die Demonstration gemacht. In einer Pressekonferenz am Vorabend der Demonstration, zu der die Polizei eingeladen hatte kurz nachdem sich Innenminister Reul an die Bevölkerung gewandt hatte, zeichneten der Polizeipräsident Jacobs und der Einsatzleiter der Polizei Rüschenschmidt das Bild drohender erheblicher Ausschreitungen, die zu erwarten seien. Sie sprachen von „tausenden gewaltbereiten Jugendlichen, die mit Messern bewaffnet nach Köln anreisen würden“.

Nicht nur die BILD-Zeitung übernahm das rassistische Narrativ der Polizei und hetzte gegen die bevorstehende Demonstration. Am Tag der Demonstration war die Polizei mit einem Großaufgebot vor Ort. Mehrere Hundertschaften, Wasserwerfer und eine Reiterstaffel waren im Einsatz. Schon auf ihrem Weg zur Demonstration wurden etwa 70 Menschen am Kölner Hauptbahnhof eingekesselt und durchsucht. Gefunden wurde nichts. Unverantwortlich und unhaltbar waren auch die Twitter-Meldungen der Polizei schon vor der Demonstration. In einem dieser Tweets in kurdischer Sprache forderte die Polizei die Demonstranten auf, den Gebrauch von Schusswaffen zu unterlassen!

Die Demonstration am Samstag blieb im Gegensatz dazu völlig friedlich. ...

Dieses Handeln der Exekutive als politische Akteurin ist ein schwerer Eingriff in die Versammlungsfreiheit, zu deren Schutz sie verpflichtet ist. Verantwortlich dafür sind der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacobs und sein Dienstherr Innenminister Reul. Wir halten beide aufgrund dieses Vorgehens gemessen an ihren verfassungsmäßigen Aufgaben für komplette Fehlbesetzungen.

https://anfdeutsch.com/aktuelles/offener-brief-an-nrw-innenminister-herbert-reul-15003

INFO: https://essq.de/index.php/glossar/: **In Essen und Umgebung gibt es vielfältige rechte Bewegung und entsprechende Gruppierungen. Angelehnt an die klasse Arbeit unserer Kölner Freund*innen geben wir einen (unvollständigen) Überblick über die verschiedenen Kleinstinitiativen, mit denen wir es immer wieder zu tun haben.**

SteelerJungs. Die „SteelerJungs" sind eine Gruppierung von Anhänger*innen der rechten Hooligan-Szene mit Verbindungen ins Neo-Nazi-Spektrum und zur Rocker-Szene. Die Verbindungen sind offensichtlich und gut dokumentiert. Die Gruppe tritt bei wärmeren Temperaturen uniform mit einheitlichen schwarzen T-Shirts auf und veranstaltet wöchentliche „Spaziergänge" durch die Steeler Innenstadt. Erstmals breiter in Erscheinung getreten sind die „Steeler Jungs" bei einem Angriff auf eine Kneipe in Essen-Steele, bei der Personen verletzt wurden und die „Steeler Jungs" von einem Großaufgebot der Polizei mitsamt Polizeihunden am weiteren Randalieren gehindert werden musste.

Patrioten NRW. Die „Patrioten NRW" sind eine Kleinstinitiative, deren harter Kern aus drei Personen – Stefanie L., Stefan W., „Harald" – besteht. Die Truppe kooperiert immer wieder mit neonazistischen und rechtspopulistischen Gruppen. Sie konzentrieren sich dabei in erster Linie auf das Schüren von Angst in den sozialen Netzwerken und das Befeuern von Politikverdrossenheit. Dazu bleiben sie in ihrer eigenen, rechten Filterblase, bauschen Nachrichten immer wieder auf, zerren Meldungen aus dem Kontext oder überspitzen sie. Das Ziel: Man will Aufwiegeln. Häufig suchen sie sich dafür reale Ereignisse wie Vergewaltigungen oder Mord durch Einzeltäter*innen aus und beschuldigen ganze Menschengruppen. Menschen anderer Meinungen oder Einstellungen werden von dem Bündnis immer wieder scharf angegriffen und entmenschlicht. Bei den „Patrioten" handelt es sich um Demo-Touristen. Obwohl sie „NRW" im Namen tragen, waren nur knapp die Hälfte ihrer Veranstaltungen tatsächlich in Nordrhein-Westfalen.

Frauenbündnis Kandel. Das „Frauenbündnis Kandel" ist ein maßgeblich von Männern geführtes Bündnis, das auf widerliche Art und Weise einen Mord eiskalt für die eigene rassistische Propaganda ausnutzt. Dabei kooperiert das Bündnis offen auch mit Kadern der Neonazi-Partei „Die Rechte", dem „Dritten Weg" und Leuten von der NPD ...

Gelbwesten. Die „Gelbwesten" sind eigentlich eine Protestbewegung in Frankreich ... Deutsche Rechte versuchen diesen Protest zu kapern und nach Deutschland zu tragen, um den Systemsturz herbeizuführen. Insbesondere der Essener Ableger der „Gelbwesten" wird von Holocaust-Relativierer*innen, Hitler-Fans und Reichsbürger*innengeleitet und organisiert ...

Identitäre Bewegung. Die „Identitäre Bewegung" ist eine extrem Rechte rassistische und neofaschistische Bewegung, die in Deutschland, Österreich und besonders Frankreich vertreten ist. Die Konzentration dieser Bewegung liegt auf den sozialen Medien. Man ist medien-affin und weiß sich ansprechend und gut in Szene zu setzen. Sie bedient sich verklausulierter rechter Rhetorik, bspw. dem „Ethnopluralismus". In Essen ist die „Identitäre Bewegung" durch Agitprop-Aktionen, wie dem islamfeindlichen, antimuslimischen Aufhängen von Schweineköpfen an einer Moschee, der Besetzung der Facebook-Zentrale in Essen oder einem inszenierten Giftmüllunfall an der Universität aufgefallen.

Eltern gegen Gewalt. Die „Eltern gegen Gewalt" sind eine rechtspopulistische Gruppe aus Bochum. Früher nannten sie sich „Mütter gegen Gewalt". Jedoch passte der Name nicht zum eigentlichen fast durchweg männlichen Klientel, weswegen man sich in „Eltern gegen Gewalt" umbenannt hat. Auch in dieser Gruppe gibt es vielfache dokumentierte Verbindungen in die extreme Rechte, zu Neonazi-Gruppen und die rechte Hooligan-Szene. Es bestehen feste und etablierte Verbindungen zu den „Steeler Jungs".

Hand in Hand gegen die Gewalt auf unseren Straßen. „Hand in Hand gegen die Gewalt auf unseren Straßen" ist eine Initiative aus dem Wiesbadener Umland. Diese Truppe versucht Stimmung gegen Migrant*innen zu machen, kooperiert mit rechtsradikalen Gruppen und entmenschlicht Geflüchtete. Das Bündnis „Wiesbaden gegen rechts" warnte deutlich vor dieser Truppe, weil sich in ihr Rassist*innen und Faschist*innen sammeln.

Widerstand steigt auf. Diese Gruppe hat sich 2017 gegründet und ist immer wieder mit Aktionen aufgefallen, die sehr an die Aktionsformen der rechtsextremen „Identitären Bewegung" erinnern. Sie behaupten ihre Meinung nicht offen äußern zu dürfen und lassen schwarze Helium-Luftballons mit Meinungen beschriftet frei aufsteigen.

Bürgerwehren machen mobil – Die Steeler Jungs in Essen

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Seit etwas eineinhalb Jahren marschieren die sog. „Steeler Jungs", eine Mischung aus Hooligans, Rockern, Neonazis und „besorgten" Bürgern, jeden Donnerstag durch den Essener Stadtteil Steele. (s. auch PB 4/19) Sie verbreiten eine Atmosphäre der Einschüchterung, trotz aller Anstrengungen halbwegs harmlos aufzutreten. Vereinzelt ist es zu Übergriffen gekommen und eine Frau ist wegen Zeigen des Hitlergrußes zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Auch in weiteren Stadtteilen Essens und anderen Städten gibt es ähnliche rechte Bandenbildungen (s. Kasten Seite 11). Diese bürgerwehrähnlichen Formierungen sind Bestandteil einer Arbeitsteilung der extremen Rechten, die drei Ebenen umfasst.

Mit den außerparlamentarischen Bestrebungen, den öffentlichen Raum durch Bürgerwehren zu bedrohen und letztlich zu beherrschen, soll das staatliche Gewaltmonopol angegriffen werden. Auf der parlamentarischen Ebene ist die AfD, insbesondere ihr durch die Landtagswahlen in Thüringen gestärkter offen faschistischer Flügel, für die Zersetzung der parlamentarischen Demokratie zuständig. Die terroristische Ebene sorgt für die Liquidierung der aus ihrer Sicht nicht zur „Volksgemeinschaft" gehörenden Menschen.

Dabei ist der gemeinsame ideologische Überbau der Kampf gegen den vermeintlichen „Bevölkerungsaustausch" durch die sog. „Umvolkung". Eine abstruse Theorie aus der Identitären Bewegung, die vor allem darauf fußt, Ängste zu bestärken und Hass zu schüren. Dieses Leitbild ermöglicht als ideologische Klammer ein nicht notwendigerweise untereinander abgestimmtes, aber trotzdem gemeinsam ausgerichtetes Handeln in stillschweigender Übereinkunft, verknüpft durch die vierte, virtuelle Ebene: das Internet.

Um so wichtiger ist es, dass der zivilgesellschaftliche Widerstand groß ist. Auch in Essen hat sich die Initiative „Steele bleibt bunt" gegründet, die sich, unterstützt vom antifaschistischen Bündnis „Essen stellt sich quer", mit vielfältigen Aktionen gegen die Bedrohung durch die „Steeler Jungs" stemmt. Der Höhepunkt war eine Demonstration im September,

DOK Keine rechte Bürgerwehr! Auch nicht in Huttrop!

Aus dem Aufruf: Für den kommenden Donnerstag hat eine zwielichtige Gruppe aus dem rechten Spektrum eine Versammlung im Stadtteil Huttrop angemeldet. Hinter der Anmeldung stecken die selbsternannten „Huttroper Jungs“, eine inzwischen nur allzu gut bekannte Gruppe aus dem rechten und gewaltbereiten Hooligan- und Rocker-Spektrum. Besagte Gruppe marschiert seit knapp zwei Jahren regelmäßig bei den Demonstrationen der „Steeler Jungs“ mit ...

Von Steele nach Huttrop. Gemeinsam sind die Gruppen, die als „Bürgerwehr“ in Erscheinung treten, immer wieder im Stadtteil Steele aufgefallen. Aus ihren Reihen gab es den Angriff auf eine Steelenser Bar, sie instrumentalisierten einen Mord an einem Kind in rassistischer Manier, nahmen an rechtsradikalen Demonstrationen, wie kürzlich in Mönchengladbach teil, marschieren gemeinsam mit organisierten Nazis, wie der NPD und der Partei „Die Rechte“ und unterhalten mannigfaltige Verbindungen zu rechten und rechtsradikalen Fußball-Initiativen. Sie wollen sich nach Steele nun auch in Huttrop breit machen und hier Fuß fassen. Doch das lassen wir nicht unwidersprochen ...

https://essq.de/index.php/2019/10/15/keine-rechte-buergerwehr-auch-nicht-in-huttrop/

an der sich rund 2 500 Menschen beteiligten. Dem Bündnis ist es auch gelungen, dass die zuständige Bezirksvertretung bereits im Frühjahr eine Resolution gegen die „Steeler Jungs“ verabschiedet hat.

Um eine Abgrenzung nach Rechtsaußen bis in das bürgerliche Lager zu erreichen und die Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die Stadtverwaltung zu verbessern, hat die Ratsfraktion Die Linke, zuerst gemeinsam mit den Grünen, auf dieser Grundlage eine Ratsinitiative gestartet. Zu guter Letzt wurde daraus ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linken, FDP und Bürgerliche Mitte Essen, der fast einstimmig vom Rat der Stadt Essen verabschiedet worden ist. Dieser Beschluss stand lange auf Messers Schneide, denn die bürgerlichen Parteien haben sich nur durch massiven öffentlichen Druck bewegt und den Ernst der Lage nicht ausreichend erfasst (s. Auszug aus Ratsbericht Mai 2019 auf S.12).

Ganz im Gegensatz dazu der ehemalige liberale Innenminister Gerhart Baum. Er warnt in einem Artikel im „Handelsblatt“ vom 27. Oktober davor, dass der Rechtsextremismus heute gefährlicher als je zuvor sei, nicht zuletzt auch durch die „Hassmaschine Internet“. Als Beispiel hebt er die die „neuen Bürgerwehren in NRW“ hervor: „Alles in allem: ein Hauch von Weimar liegt über dem Land“.Wir dokumentieren unten seinen Beitrag,

Mittlerweile gibt es den Versuch, bürgerwehrähnliche Gruppierungen in weiteren Stadtteilen in Essen zu bilden. Die Ratsfraktion Die Linke fordert deshalb, auch vor dem Hintergrund der Morde in Halle, dass der Resolution des Rates mehr Taten folgen sollten. Die Verwaltung soll auf deren Grundlage ein Handlungskonzept gegen die extreme Rechte erstellen mit der die Initiativen aus der Zivilgesellschaft gestärkt werden, die aktuell die Hauptlast des Protestes gegen rechte Hetzer tragen. Die Fraktion wird dazu einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat Ende November einbringen. Neben der Stadtverwaltung sollen alle gesellschaftlichen Bereiche einbezogen werden, von den Schulen, Kultureinrichtungen, Kirchen bis zu zivilgesellschaftlichen Initiativen. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

DOK Gerhart Baum: Der Rechtsextremismus in unserem Lande ist heute gefährlicher als je zuvor

„... Meine Diagnose heute: In meinen Augen ist der Rechtsextremismus in unserem Lande heute gefährlicher als je zuvor. Es sind nicht nur die Wahlergebnisse der AfD, einer Partei, die sich in den Parlamenten aller staatlichen Ebenen etabliert hat. Sie ist durchsetzt mit Personen, die sich an die rassistische Nazi-Ideologie anlehnen.

Ich stelle auch eine Klimaveränderung im Lande fest, bis zu Angriffen auf die Freiheit der Kunst. Das „System“ wird verachtet, Minderheiten und Fremde werden verachtet. Auf dem Nährboden der Islamophobie ist auch Antisemitismus gewachsen. Ganz entscheidend ist die Rolle des Internets als Hassmaschine.

• Wir müssen eine neue Entschiedenheit und neue Ansatzpunkte zur Bekämpfung dieser demokratiefeindlichen Situation entwickeln. Im Kern ist unsere Demokratie widerstandsfähig und eine Mehrheit steht zu ihr.

• Wir müssen denen, die Parteien wählen, die sich an völkisches Gedankengut der Nazis anlehnen, sagen, dass

„Alles in allem: ein Hauch von Weimar liegt über dem Land.“

sie mitverantwortlich sind für demokratiefeindliche Politik, für geistige Brandstiftung, für Rassismus, Ausgrenzung, Intoleranz, Religionsfeindlichkeit, Minderheitenverachtung und Verrohung. Wir sollten die Ausrede nicht zulassen, es werde weithin nur harmloser Protest artikuliert.

• Wir sollten dem Argument entgegentreten, Rechtsextremismus gebe es überall auf der Welt, er gehöre nun einmal zum normalen Parteienspektrum. Wir sind in Deutschland, das durch eine solche Gesinnung eine in der Menschheitsgeschichte kaum vergleichbare Barbarei motiviert hat. Unsere staatliche Identität beruht auf der bewussten Abkehr von diesen Menschheitsverbrechen. Damit unterscheiden wir uns von allen anderen Völkern.

• Wir sollten Rechtsextremismus nicht relativieren durch Hinweise auf andere Formen des Extremismus. Das macht Rechtsextremismus nicht akzeptabel. Vor allem aber: er ist heute in unserer Gesellschaft die eigentliche Gefahr.

• Wir sollten uns bewusst werden, dass diese Gesinnung zu Hass und dieser zur Gewaltbereitschaft führen kann. Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist so hoch wie nie zuvor. Das Bundeskriminalamt warnt seit Jahren – auch vor Kleingruppen, die bewaffnet in der Öffentlichkeit auftreten könnten – zum Beispiel die neuen Bürgerwehren in NRW.

Handelsblatt, 27. Oktober 2019 https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gastbeitrag-der-rechtsextremismus-in-unserem-lande-ist-heute-gefaehrlicher-als-je-zuvor/25138996.html?ticket=ST-47219319-AlieaM7wqVeMAbXhXh7E-ap2

https://www.linksfraktion-essen.de/politik-im-rat/detail-anfrage/news/ratsbericht-mai-2019

RÜCKBLICK – Mai 2019: Rat der Stadt Essen unterstützt Initiativen für ein buntes Steele und gegen die sog. „Steeler Jungs“

Der Rat der Stadt Essen beobachtet, genauso wie die Bezirksvertretung VII, mit großer Sorge die Aktionen der sogenannten „Steeler Jungs“ .

Hinter einer vermeintlich harmlosen Fassade verbirgt sich womöglich ein bundesweit agierendes Netzwerk mit intensiven Kontakten in die extreme rechte Szene. Das erfordert eine intensive Beobachtung und Begleitung durch die Sicherheitsbehörden sowie eine intensive Aufklärungsarbeit. Auch der Rat der Stadt Essen richtet sich gegen jeden Versuch der Verharmlosung oder Bagatellisierung des Auftretens der sogenannten „Steeler Jungs“.

Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD/CDU/Grüne/Linke/BME, der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt Essen

• unterstützt die lokalen Initiativen im Bezirk VII und im gesamten Stadtgebiet, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen und die Verständigung zwischen den Menschen in ihren Stadtquartieren fördern.

• wird sich regelmäßig über die aktuellen Erkenntnisse und weiteren Maß- nahmen informieren und diese aktiv begleiten.

Begründung: Seit Monaten marschieren die sogenannten „Steeler Jungs“ durch den Stadtteil Steele. Mit ihrem bürgerwehrähnlichen Auftreten wollen sie angeblich für mehr Sicherheit sorgen. Dabei sind sie es selbst, die durch ihr martialisches Auftreten Verunsicherung und Angst bei den Menschen auslösen. Es ist aber nicht nur das Auftreten, was Sorgen machen muss. Vielmehr sind es die eindeutigen Kontakte in die rechte Szene und die Kontakte zu anderen Gruppen, die ein bundesweites Netzwerk vermuten lassen. Leider lässt sich auch feststellen, dass die sogenannten „Steeler Jungs“ inzwischen auch eine gewisse Strahlkraft über den Stadtteil hinaus entwickeln. Ignorieren und Verharmlosen sind kein Weg, um dieses Problem zu bekämpfen.

Information und Kommunikation mit den Menschen in den betroffenen Stadtteilen über die sogenannten „Steeler Jungs“, müssen auch mithilfe der Stadtverwaltung intensiviert werden. Gleichzeitig müssen Wege gesucht werden, wie Sympathisanten der sogenannten „Steeler Jungs“ aus dieser Szene gelöst und weiterer Zulauf verhindert werden kann. Insbesondere der Arbeit mit Schulen im Stadtteil, evtl. auch der Jugendsozialarbeit kommt hier eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig soll der Bürgerschaft in Steele deutlich werden, dass der Rat der Stadt Essen, die Stadtverwaltung und viele weitere Akteure an ihrer Seite stehen und gemeinsam den lebenswerten und bunten Stadtteil und das friedliche Zusammenleben in Steele schützen.

Rat der Stadt (fast) einmütig gegen „Steeler Jungs“

Mit überwältigender Mehrheit hat der Rat der Stadt gestern eine Resolution gegen die sog. Steeler „Jungs“ verabschiedet. Das ist ein Erfolg für die Initiative „Steele bleibt bunt“, die sich bis zuletzt mit Anschreiben an die Fraktionen und persönlichen Gesprächen dafür eingesetzt hat, dass es zu dieser Resolution kommt. Allerdings: Bis buchstäblich zur letzten Minute vor der Ratssitzung hat es gedauert, bis die Große Koalition von SPD und CDU den Weg für die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution aller Fraktionen frei gemacht hat.

SPD und CDU hatten sich wochenlang geziert, mit der Begründung, die selbsternannte, rechtslastige „Bürgerwehr“ mit dem verharmlosenden Namen „Steeler Jungs“ nicht aufwerten und den Stadtteil nicht schlecht reden zu wollen. Damit ließen sie „Steele ist bunt“ zunächst im Regen stehen.

Um so deutlicher fiel dann aber im Rat die klare Abgrenzung aller Fraktionen von der bürgerwehrähnlichen, rechten Gruppierung aus ... Gabi Giesecke freute sich für Die Linke im Rat, dass der Rat der Bitte der Bezirksvertretung VII nachgekommen ist, die bereits im April die Resolution „Für Vielfalt gegen Einfalt – Steele bleibt bunt“ verabschiedet hatte. Sie bedankte sich bei der Initiative „Steele bleibt bunt“ für ihre Hartnäckigkeit. Durch die Ratsresolution erhält die Zivilgesellschaft Rückdeckung. Sie machte darauf aufmerksam, dass das Problem nicht nur auf Steele beschränkt ist. So konnte erst kürzlich die Vermietung der Sportanlage Raumerstrasse an die „Brigade Essen“, die gute Verbindungen in die Naziszene hat, auch durch Intervention des linken Sportausschuss Mitgliedes Herbert Bußfeld verhindert werden. Die Hooligan-Szene der RWE-Fans hat Verbindungen zu den „Steeler Jungs“.

Gabi machte deutlich, dass mit dem Konzept von „Bürgerwehren“ der Rechtsstaat angegriffen und ausgehöhlt werden soll und der Selbstjustiz gegen Andersdenkende wird der Boden bereitet. Die Sicherheit in Steele wird vor allem von den „Steeler Jungs“ beeinträchtigt, deren Auftreten für viele Menschen sehr bedrohlich ist. Gabi stellte fest, dass die Resolution nur ein Anfang sein kann. Die Stadt sollte die Zivilgesellschaft und z.B. die Schulen in Steele mehr unterstützen, die Aufklärungsarbeit verstärken und die VHS bitten, dort Seminare zum Thema anzubieten.

Insgesamt machte die Debatte deutlich, dass die Rechten keinesfalls aufgewertet werden, wenn sich der Rat (fast) einmütig gegen sie wendet. Aufmerksamkeit und Wachsamkeit durchkreuzen vielmehr die rechte Strategie der Beherrschung des öffentlichen Raumes und der Einschüchterung von Menschen.

Aus „Ratsbericht Mai 2019“ der Ratsfraktion Die Linke Essen

NEU: Demokratiezentrum Hessen: „Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen“ veröffentlicht. Er gibt Auskunft darüber, wo es in Hessen in den betreffenden Monaten Vorfälle oder Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten gab, wie sich die rechte Szene bemerkbar gemacht hat, sowie über diesbezügliche Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse
http://beratungsnetzwerk-hessen.de/monitoring-bericht-rechtsextremismus-in-hessen-für-die-sommermonate-2019-erschienen

MONITORING-BERICHT
Rechtsextremismus
in Hessen

DOK Kommunale Politik --- --- GEGEN RECHTE GEWALT

Ulli Jäckel, Hamburg

Überfall auf Demonstranten: Essen. Am Wochenende (20/21. Oktober) überfielen mehr als 50 „RWE Fans“ der Hooliganszene Rückreisende einer Solidaritätsdemonstration. Die Linke Essen fordert eine rasche Aufklärung und Stadionverbote für die Gewalttäter. Laut Die Linke sei dies „schließlich nicht der erste Fall, bei dem Teile der RWE-Fanszene negativ auffielen.“ Daniel Kerekeš, Die-Linke-Essen-Kreissprecher, fordert eine klare Haltung vom Fußballverein: „Die RWE-Fanszene ist durchsetzt mit Hooligans und Neonazis, die sich bei den Steeler Jungs, Commando Essen oder der Alten Garde Essen herumtummeln. Es braucht endlich eine klare Kante gegen diesen Teil der Tribüne. Oder müssen wir erst Chemnitzer-Verhältnisse bekommen, damit etwas passiert?“ … Dabei ginge es Kerekeš nicht darum, alle Fans in einen Topf mit den Hooligans zu werfen: „Diese Typen zerstören das Bild einer toleranten und weltoffenen Stadt Essen und auch das Image des Vereins. So viele treue Fans des RWE werden … in ein negatives Licht gerückt: das haben sie nicht verdient.“ Auch müsse der Verein sein Verhältnis zur AfD überdenken: „2018 erklärte RWE noch, dass sie AfD-Mitglieder nicht aus dem Verein ausschließen würde. Nach mehreren rechten Terrorangriffen bundesweit und der Diskursverschiebung durch die AfD nach rechts, sollte sich der Verein lieber ein Beispiel an Eintracht Frankfurt nehmen. Die Eintracht schließt AfD-Mitglieder konsequent aus und hat ein klares antirassistische Programm“.
www.dielinke-essen.de

AfD liefert Stichworte für Rechtsterrorismus: Wesel. Der Kreis Wesel muss seine Aktivitäten gegen rechts deutlich erhöhen, meint die Kreistagsfraktion Die Linke. „Der Anschlag in Halle ist auch Folge der Hetze, die die AfD betreibt. Wer mit dieser Partei jetzt noch irgendetwas zu tun hat, muss sich dessen bewusst sein“, meint der Vorsitzende der Linken-Kreistagsfraktion, Sascha H. Wagner, auch angesichts zahlreicher antisemitischer Statements von AfD-Politikern nach dem Anschlag an der Hallenser Synagoge. Für die Dezember-Sitzung des Kreistags bereite seine Fraktion nun ein Maßnahmenbündel vor, mit dem der Kampf gegen rechts im Kreis Wesel gestärkt werden soll, so Wagner. Die Linke erinnert in diesem Zusammenhang auch daran, dass es laut Kriminalstatistik immer wieder zu volksverhetzenden Straftaten im Kreisgebiet käme.
https://www.dielinke-kreiswesel.de

Rechte Bürgerwehr vor Rheinbad löst Polizeieinsatz aus. Düsseldorf. Wieder ein Polizeieinsatz am Düsseldorfer Rheinbad, aber diesmal ist eine Gruppe selbsternannter „Aufpasser“ der Anlass gewesen. Eine Gruppe von etwa 50 Erwachsenen sei am Sonntagnachmittag nicht in das Bad hereingelassen worden und habe darüber ihren Unmut geäußert, teilte die Polizei mit. Mit zehn Streifenwagen seien Beamte vor Ort gewesen und hätten die Personalien von 36 Personen aufgenommen. „Die Leute gaben an, im Rheinbad aufpassen zu wollen, damit alles ruhig bleibt“, sagte der Polizeisprecher. Zu Straftaten ist es durch die Gruppe vor dem Rheinbad laut Polizei am Sonntag nicht gekommen. Das Ordnungsamt habe die Polizei gerufen. Der Sprecher bestätigte laut Informationen der „Bild“-Zeitung, dass die Personen weitgehend identisch seien mit denen einer „rechtsgerichteten Mahnwache“, die bereits am Samstag vor dem Düsseldorfer Hauptbahnhof abgehalten worden sei.
www.ksta.de

Öffentliche Nazi-Propaganda in Dresden erst mal verboten – nach über einem Jahr: Dresden. (17.10. 2019) Am 7.10. hat das Verwaltungsgericht Dresden den unsägliche „Haverbeck-Stand“ endlich verboten, der seit über einem Jahr im Dunstkreis von Pegida zu finden war. Dort forderten tief überzeugte Nazis mit Verbindungen zur Nazi-Kaderpartei „Die Rechte“ die Freiheit von Ursula Haverbeck und anderer Nazis. Diese sitzen unter anderem wegen der öffentlichen und propagandistischen Verleugnung des Holocaust ein, weil dies einer infamen Verhöhnung der Opfer der Vernichtung im Dritten Reich gleich kommt. Nach einer Rede des rechtsextremen „Identitären“ Kai Alexander Naggert, der Nordrhein-Westfalen als „Großkalifat NRW“ bezeichnet, startet Pegida ihre Runde durch die Dresdner Innenstadt. Am Rande der Strecke zeigen Teilnehmenden des Aufmarschs dann einmal mehr was sie von freier Berichterstattung halten: Um den Aufmarsch zu fotografieren, stelle ich mich mit meiner Kamera auf einen Stromkasten und bin innerhalb kürzester Zeit von mehreren Personen umringt. Zwei Männer versuchen mir mit ihren Deutschlandfahnen die Sicht zu versperren und mir wird zugerufen, ich sei Stasi-Mitarbeiter und solle aufpassen, dass ich nicht „versehentlich“ herunterfalle.
Belltower News. https://twitter.com/datt_thomas/status/1184856508179320832

Gegen jeden Antisemitismus! Willmersdorf. Mit Erschrecken haben wir den Angriff auf das Bürgerbüro von Klaus Dieter Gröhler vernommen. Wir solidarisieren uns mit ihm und allen, die sich dem Antisemitismus entgegenstellen! Antisemitische Angriffe sind immer auch Angriffe auf unsere freie und plurale Gesellschaft insgesamt. In Zeiten in denen sich antisemitische, islamophobe und andere rechtsextreme Gewalttaten, nicht nur in Berlin, häufen, muss die offene und demokratische Gesellschaft zusammen stehen. Nach Zahlen von RIAS Berlin – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin – belegt Charlottenburg-Wilmersdorf bei antisemitischen Straftaten berlinweit einen traurigen 2. Platz. Hier werden Jüd*innen auf offener Straße bespuckt, beleidigt und attackiert. Dieser Gewalt und diesem Gedankengut stellen wir uns entgegen. Gegen jeden Antisemitismus!
www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft und Politik besser vor Gewalt schützen: Schwerin. „Gerade im ländlichen Raum sind es viele Engagierte aus Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Verbänden oder Ehrenamtliche aus der Kommunalpolitik, die hart daran arbeiten, dass unsere offene Gesellschaft gelingt.“, so Stadtvertreter Dr. Daniel Trepsdorf von der Fraktion Die Partei.Die Linke. – „Gerade deshalb dürfen wir nicht akzeptieren, dass diese Demokratieverstärker und ihre Familien von Extremisten und geistigen Brandstiftern eingeschüchtert und bedroht werden.“ … Einmütig beschloss die Schweriner Stadtvertretung, einen Impuls nach Berlin zu senden, um den § 51, Absatz 1, des Bundesmeldegesetzes abzuändern. Letzterer regelt, wie für „Personen die Melderegisterauskunft gegenüber Dritten gesperrt werden kann, sofern eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwächst“. Bisher muss in den überwiegenden Fällen hierzu bei der Meldebehörde ein konkreter Vorfall (z.B. ein gewalttägiger Angriff oder der Empfang von Hassbotschaften) vorgelegt werden. – „Die Herabsetzung der behördlichen Hürden zur Einschränkung persönlicher Daten, die aus dem Melderegister über Engagierte in der Bürgerrechts- und Demokratiearbeit abgerufen werden können, stärkt die Menschen und ihre Angehörigen in ihrem Recht auf Privatsphäre, Anonymität und informationelle Selbstbestimmung!“, so Dr. Daniel Trepsdorf weiter, „Es darf nicht sein, dass Engagierte sich von der gemeinnützigen Arbeit vor Ort zurückziehen, weil sie befürchten müssen, dass durch ihre kritische Tätigkeit im Rahmen der Bürgerrechtsarbeit eine Gefahr für ihre körperliche oder seelische Unversehrtheit ausgeht.“
www.die-linke-schwerin.de

Die Auseinandersetzung um europäische Rahmen für Mindestlöhne und -einkommen spitzt sich zu

Schmits Aufgabenzettel

Reform der Entsenderichtlinie, neue EU-Arbeitsbehörde, Richtlinien zu Arbeitsbedingungen und zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben – die ausgehende Juncker-Kommission hat einige Projekte zum sozialen Europa auf den Weg gebracht. Zwei lang diskutierte Vorschläge zur Angleichung der sozialen Bedingungen in der EU hat sie nicht umgesetzt: EU-Rahmen für nationale Mindestlöhne und für Mindesteinkommen.[1] In Deutschland forderten Linke, SPD und Grüne diese im Europawahlkampf. Auch stehen sie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Wird die Von-der-Leyen-Kommission sie in Angriff nehmen?

Nicolas Schmit, *1953, Mitglied der luxemburgischen Sozialdemokraten (LSAP), EU-Kommissar für Arbeit. Foto + Info Wikipedia

Von Thilo Janssen

EU-Rahmen für Mindestlöhne – rechtliche und politische Probleme

Im September bekam der angehende EU-Kommissar für Arbeitsplätze Nicolas Schmit aus Luxemburg einen Aufgabenzettel, den sogenannten Mission Letter.[2] Ursula von der Leyen, seine zukünftige Chefin, schrieb oben auf seine To-Do-Liste: Ein „Rechtsinstrument um sicherzustellen, dass alle Arbeiter in der Union einen angemessenen Mindestlohn haben." Versprochen ist der Vorschlag für die ersten 100 Tage der Amtszeit der neuen Kommission. Vielleicht kommt es den Beamten in der Generaldirektion Beschäftigung da ganz gelegen, dass das EU-Parlament einige Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Kommission ablehnte. Durch die Verzögerung bleibt etwas mehr Zeit, um einen tragbaren Vorschlag vorzulegen. Denn es gibt juristische und politische Probleme.

Es gibt nicht wenige europäische Experten im Bereich des Sozialrechts, die der Meinung sind, dass verbindliche EU-Standards für Mindestlöhne nicht mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Union (AEUV) vereinbar sind. Zwar können die EU-Gesetzgeber Parlament und Rat nach Artikel 153 (1) (b) und (2) (b) verbindliche Mindeststandards für Arbeitsbedingungen per Richtlinie für alle EU-Länder erlassen. Jedoch gilt der Artikel ausdrücklich „nicht für das Arbeitsentgelt" (Art. 153 (5)). Es ist zu erwarten, dass die Kommission mit ein wenig juristischer Kreativität diesen Einwand umgeht. Zu klären ist dann die Frage, welche Art von „Rechtsinstrument" die Kommission anvisiert: Eine Richtlinie, eine Empfehlung des Rates oder eine bloße Empfehlung der Kommission? Wirklich verbindlich wäre nur eine EU-Richtlinie, deren Umsetzung in nationales Recht von der Kommission überwacht würde und die der Jurisdiktion des Europäischen Gerichthofs unterläge.

Die politischen Konfliktlinien um den EU-Rahmen für nationale Mindesteinkommen verlaufen zum einen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, wie etwa in Deutschland.[3] Hart gestritten wird jedoch auch zwischen den nationalen Gewerkschaftsverbänden auf europäischer Ebene. Schwedische und dänische Gewerkschaften kennen keinerlei Rolle für staatliche Institutionen bei der Lohnfindung, also weder einen gesetzlichen Mindestlohn noch behördliche oder gesetzliche Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für Tarifverträge. Sie sehen in einem EU-Rahmen für Mindestlöhne einen Angriff auf ihre Systeme autonomer Tarifverhandlungen. Außerdem fürchten sie, gewerkschaftliche Verhandlungspositionen könnten geschwächt werden. Zwar heißt es in der Anweisung von der Leyens an Schmit, Lohnuntergrenzen sollten festgelegt werden entweder durch „Tarifverträge oder gesetzliche Maßnahmen, abhängig von der Tradition in jedem Land". Doch selbst mit diesem Verweis bleibt das Thema für Gewerkschaften aus Schweden und Dänemark, aber auch aus den Niederlanden und Italien ein rotes Tuch. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) befürwortet den Vorschlag dagegen und hat ihn in den letzten Jahren aktiv vorangetrieben, gemeinsam mit den osteuropäischen Gewerkschaften. In Osteuropa bleiben die Löhne seit vielen Jahren hinter der wachsenden wirtschaftlichen Produktivität zurück. Während die Gewerkschaften im Osten sich von einem EU-Rahmen eine bessere Verhandlungsposition, mehr europäische Solidarität und eine systematischere Angleichung der Löhne und Lebensverhältnisse nach oben versprechen, verweisen die Kritiker auf den vergleichsweise sehr niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Osteuropa. Nur durch eine bessere Organisation der Arbeiterschaft und in der Folge mehr und bessere sektorale Tarifvereinbarung ließen sich die Löhne dauerhaft nach oben angleichen.

Derzeit haben 22 von 28 EU-Ländern gesetzliche Mindestlöhne. Sechs Länder kennen darüber hinaus sektorale, kollektiv vereinbarte Lohnuntergrenzen. Eine EU-Richtlinie sollte einen Rahmen festlegen, der auf den jeweiligen nationalen Kontext zugeschnitten ist: Diskutiert wird in der Regel eine jeweilige absolute Lohnuntergrenze von mindestens 60 Prozent der nationalen Durchschnitts- oder Medianlöhne – je nachdem, welcher im jeweiligen Land höher liegt. Dies ist zumindest der Richtwert, den der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) als gemeinsames Mindestziel für nationale Mindestlohnregelungen vereinbart hat.

EU-Rahmen für Mindesteinkommen – wann bewegt sich die Kommission?

Zu Mindesteinkommen findet sich kein konkreter Vorschlag auf Schmits Aufgabenzettel. Die angehende Kommissionspräsidentin von der Leyen erwartet jedoch von Schmit, dass er einen „Aktionsplan" vorlegt, mit dem die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) umgesetzt werden soll. Diese sieht in ihren 20 Grundsätzen unter anderem das Recht bedürftiger Personen vor, „angemessene Mindesteinkommensleistungen" zu erhalten, „die ein würdevolles Leben ermöglichen, und einen wirksamen Zugang zu dafür erforderlichen Gütern und Dienstleistungen". Außerdem sollten laut ESSR „für diejenigen, die in der Lage sind zu arbeiten, [...] Mindesteinkommensleistungen mit Anreizen zur (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt kombiniert werden."[4]

Das Europäische Netzwerk für Mindesteinkommen (EMIN) arbeitet gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden aus ganz Europa schon lange an politischen und rechtlichen

Europäische Säule sozialer Rechte - Broschüre

Die Broschüre enthält den vollständigen Wortlaut der europäischen Säule sozialer Rechte, wie ihn das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission gemeinsam proklamiert haben.

Broschüre herunterladen >

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf

Grundlage für eine EU-Richtlinie zu Mindesteinkommen.[5] Die richtige Rechtsgrundlage scheint gefunden: Artikel 153 (1) (h) AEUV ermöglicht EU-Mindeststandards zur „berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen“. Hier bedarf es einer weiten Auslegung des Begriffes der Eingliederung, der ein sicheres und in der Höhe angemessenes Einkommen einschließt und sich nicht auf die zeitlich unmittelbare Vermittlung in einen Job beschränkt. Gewerkschaften und sozial gesinnte EU-Abgeordnete müssen von vornherein sicherstellen, dass „Anreize“ zur Eingliederung nicht repressiv ausgelegt werden. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Höhe des Einkommens tatsächlich Armut verhindert. 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens gelten derzeit offiziell als Einkommensarmutsschwelle. Da dies in den ärmsten EU-Ländern nicht ausreichen wird, sollten ergänzend Referenzbudgets bzw. Warenkörbe bestimmt werden.

Ausblick

Der Sozialausschuss des EU-Parlaments hat im Oktober sein Arbeitsprogramm beschlossen. Eine legislative Initiative zu Mindesteinkommen ist nicht dabei. Deshalb bleibt zunächst abzuwarten, wie der „Aktionsplan“ des neuen EU-Kommissars Schmit zur ESSR aussehen wird.

Einen Vorschlag zu einem EU-Rahmen für Mindestlöhne wird die Kommission voraussichtlich im Frühjahr 2020 vorlegen. Die europäischen Gewerkschaften sollten sich deshalb schnellstmöglich auf eine gemeinsame Strategie einigen. Richtig ausgestaltet könnte ein EU-Rahmen für Mindestlöhne eine Grundlage für bessere Tariflöhne sein und dazu beitragen, dass sich das gewaltige Lohngefälle zwischen Ost- und Westeuropa schrittweise angleicht. In jedem Fall muss dabei sichergestellt sein, dass die Verhandlungsposition nationaler Gewerkschaften nicht geschwächt wird. Zudem ist klar, dass ein Mindestlohn kein Ersatz sein kann für einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den jeweiligen EU-Ländern.

1 Das Konzept des Mindesteinkommen (Englisch: minimum income) wird in Deutschland oft als Mindestsicherung, Grundsicherung oder Sozialhilfe diskutiert. Es geht hier nicht um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“

2 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-nicolas-schmit_en.pdf

3 https://www.welt.de/wirtschaft/article201840386/EU-Kommission-Deutsche-Wirtschaft-unzufrieden-mit-Europa.html

4 https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de

5 https://emin-eu.net/

DOK: DGB: Tarifrunde Leiharbeit: Mehr Geld und bessere Perspektiven gefordert

Am 29. Oktober 2019 fand in Frankfurt die zweite Verhandlungsrunde für die Tarifverträge in der Leiharbeit statt. Nach dem enttäuschenden Auftakt hatte die DGB-Tarifgemeinschaft von der Arbeitgeberseite nun ein verhandlungsfähiges Angebot erwartet. Doch es gab kaum Bewegung

Mehr körperliche Belastungen, häufige Schicht- und Nachtarbeit und ein deutlich geringeres Einkommen als Beschäftigte in anderen Branchen: So sieht der Alltag vieler LeiharbeitnehmerInnen in Deutschland 2019 aus. Aktuelle DGB-Analysen zeigen, warum ein deutliches Lohnplus in der laufenden Tarifrunde dringend geboten ist.

Immer wieder neue Einsatzorte, Arbeitsabläufe, Aufträge, Vorgesetze und KollegInnen: Von Beschäftigten in der Leiharbeit wird ein hohes Maß an Flexibilität verlangt. Die Anerkennung bleibt häufig auf der Strecke: Je nach Qualifikation und Tätigkeit haben LeiharbeitnehmerInnen bis zu 650 Euro im Monat weniger auf dem Konto als andere Beschäftigte in vergleichbaren Jobs. Das haben ArbeitsmarktexpertInnen des DGB ermittelt.

Deutliche Gehaltssteigerung: „Wir fordern 8,5 Prozent mehr Geld“

Die DGB-Tarifgemeinschaft fordert in laufenden Tarifrunde deshalb auch eine deutliche Gehaltssteigerung: „Die Arbeitgeber müssen deutlich machen, wie ernst es ihnen mit guter Arbeit in der Leiharbeit ist. Wir fordern 8,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten in der Leiharbeit und Verbesserungen in den Manteltarifverträgen, etwa mehr Urlaubstage und ein höheres Weihnachts-, und Urlaubsgeld“, so DGB-Vorstandsmitglied und Verhandlungsführer der Gewerkschaften, Stefan Körzell. Außerdem sollten alle ArbeitnehmerInnen die gleichen Zuschläge erhalten, die in einem Entleihbetrieb gelten, ob für Sonn- und Feiertage, für Nachtschicht und Mehrarbeit. „Die Zuschläge für die Leiharbeitnehmer müssen entsprechend angehoben werden“, so Körzell. Zudem sollen die tariflichen Jahressonderzahlungen auf die Höhe eines 13. Monatsgehalts angehoben werden. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 12. November 2019 angesetzt.

Leiharbeit: Viele Sorgen, wenig Perspektive

Dass die Leiharbeitsbranche auch in vielen anderen Bereichen wenig Perspektive bietet, zeigen aktuelle Zahlen des DGB-Index Gute Arbeit. Der Tenor der Analyse: Viele LeiharbeitnehmerInnen leiden unter den schlechten Arbeitsbedingungen. So arbeitet mehr als ein Drittel als befristet Beschäftigte. In allen anderen Bereichen liegt der Anteil bei neun Prozent. LeiharbeitnehmerInnen haben zudem kaum Möglichkeiten, ihre Arbeitsabläufe selbst zu gestalten. Ähnlich gering ist die Chance auf Weiterbildung. Dafür sind sie überdurchschnittlich in Nacht- und Wechselschichten eingesetzt und müssen häufig körperlich belastende Arbeiten verrichten. Die Folge: 32 Prozent fürchten, gekündigt zu werden – 43 Prozent machen sich große Sorgen um die berufliche Zukunft. Das sind immerhin 387 000 der rund 900 000 LeiharbeitnehmerInnen.

Mehr Mitbestimmung, bessere Chancen auf Weiterbildung

Um die Bedingungen grundsätzlich zu verbessern, ist die Politik gefragt. „Einkommenssteigerungen allein reichen nicht, um den Beschäftigten der Branche bessere Perspektiven zu bieten – die Digitalisierung macht auch vor der Leiharbeit nicht halt“, mahnt Körzell. Wichtig seien bessere Möglichkeiten der Weiterbildung für die Beschäftigten der Leiharbeit. „Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Betriebsräte in den Unternehmen. Politik und nicht zuletzt die Arbeitgeber müssen bessere Bedingungen für die Weiterbildung schaffen.“ (aus: einblick-Ausgabe November 2019)

https://www.dgb.de/themen/++co++6199488e-fa2a-11e9-8982-52540088cada sowie https://www.dgb.de/tarifrunde-leiharbeit

43 Prozent der rund 900 000 Leiharbeitnehmer-Innen sind in der Produktion eingesetzt.

„Die neuen Gesichter des Faschismus – der Populismus und die extreme Rechte“

Übersetzung aus dem Englischen und Buchbesprechung: Ulla Diekmann, Frankfurt am Main

Die Stiftung bei der Europäischen Linken transform!Europe (https://www.transform-network.net) und die Rosa Luxemburg Gesellschaft stellten im Anschluss an die Europawahl auf ihrem Wiener Seminar Studien vor, die sich mit der Entwicklung der extrem Rechten in Europa auseinandersetzen.

Enzo Traverso: „The New Faces of Fascism – Populism and the Far Right“, engl. Version 2019, Verso Verlag, London, New York

Das im Folgenden besprochene Buch von Enzo Traverso ist eines der zur Lektüre empfohlenen. Es ist 2019 erschienen.

Enzo Traverso (* 1957 in Gavi, Piemont) ist Historiker und Journalist, lebt und arbeitet in Paris und lehrt an der Cornell University in Ithaka, USA. Er veröffentlichte Bücher und Artikel u.a. zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland. Das hier besprochene Buch ist bisher nur auf Englisch erhältlich. Es basiert teilweise auf Interviews mit dem französischen Journalisten Régis Meyran, die unter gleichem Titel „Neue Gesichter des Faschismus“ auf Deutsch im ISP-Verlag erschienen sind.

Wie der Titel schon verrät, geht es um die Frage, wie die neuen extrem rechten Bewegungen – vor allem in Europa – einzuschätzen sind: Sind sie Faschisten?

Traverso schlägt als provisorische Bezeichnung „Postfaschismus“ vor:

Postfaschismus hat seine historischen Wurzeln im klassischen Faschismus des 20. Jahrhunderts, hat aber die Form verändert und bezieht sich – anders als der Neofaschismus – auch nicht mehr darauf.

Für wenig hilfreich und von Interesse geleitet hält Traverso deren Bezeichnung als Populisten. Populismus meint Massen mobilisierend, gegen politisches Establishment gerichtet. In der aktuellen Verwendung ist der Begriff eine Worthülse für sehr unterschiedliche politische Inhalte und dient auch dazu, die Opposition zu stigmatisieren. Gleichzeitig wird die Verachtung des Volkes ausgedrückt. Populismus ist eine abstrahierende Kategorie, die unterschiedliche historische Herkunft und soziale und politische Ziele ignoriert.

Der Begriff Postfaschismus ist begrenzt auf äußerst rechte Bewegungen in Europa und USA und berücksichtigt sowohl historische Kontinuität als auch Brüche.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand der Faschismus im Gegensatz zum Kommunismus, da beide sich als Alternativen zur Krise des Kapitalismus präsentierten.

Das 20. Jahrhundert begann mit dem 2. Weltkrieg und dem Zusammenbruch der europäischen Ordnung, aber produzierte auch die Russische Revolution und den Kommunismus als reale Utopie. Der Kommunismus hatte Licht- und Schattenseiten, aber stellte zweifellos eine Alternative zum Kapitalismus dar.

Zu Beginn des 21. Jahrhundert war der Kommunismus mitten im Fall. Wenn Geschichte als ein symbiotisches Verhältnis zwischen Vergangenheit als Feld der Erfahrung und Zukunft als Horizont der Erwartungen verstanden wird, schien diese Dialektik zu Beginn des 21. Jahrhunderts verschwunden zu sein. Mit dem Verschwinden des Kommunismus wurden Utopien überhaupt in Frage gestellt. Gemäß verbreiteter Auffassung führen Utopien zwangsläufig zu Totalitarismus, weshalb die Marktgesellschaft, basierend auf Privateigentum, individueller Freiheit, Unternehmergeist und Wettbewerb, geschützt von repräsentativen Institutionen, der einzige Weg sei in eine freie Gesellschaft.

Auf diesem Hintergrund ersetzen die radikale Rechte und der Islamismus die verschwundenen Utopien, die aber nicht neu sind, sondern reaktionär: Die radikale Rechte wendet sich gegen Globalisierung und führt uns in die Falle nationaler Begrenzung und alter konservativer Werte. Islamismus bzw. die terroristische Version des Djihadismus kämpft für die Rückkehr zu einem mythologisierten Original-Islam.

Nach Traverso ist Europa derzeit kein Heilmittel gegen extrem rechte Strömungen, weil es institutionell gescheitert ist. Europas Elite hat heute keine politische Vision, sondern ist geprägt von postideologischem Pragmatismus, abhängig von Meinungsumfragen, karrieristisch, opportunistisch, verlogen. Die Troika, die weder politisch noch rechtlich, noch demokratisch legitimiert ist, und doch den Kontinent regiert (zusammen mit IWF, EZB und Europäischer Kommission), ist die Verkörperung eines Ausnahmezustands, der zur Regel geworden ist. Das bedeutet die Unterwerfung des Politischen unter das Finanzielle, es handelt sich also um eine neoliberale, finanzielle Diktatur. Heute steht die EU nicht als Barriere gegen die äußersten Rechten, sondern befeuert sie.

Der Faschismus war der Stützpfeiler des Antikommunismus, aber heute gibt es keine starke linke Systemopposition mehr. Derzeit werden die Interessen der ökonomischen Elite besser von der EU vertreten als durch die radikale Rechte. Eine ökonomische Krise in der EU könnte eine Wandlung bewirken vom Postfaschismus zum Neofaschismus. Noch allerdings stützt das Finanzkapital die Mitte-Parteien. Käme es zum Euro-Kollaps, zu Chaos und Instabilität könnten das Bedingungen für rechtsradikale Herrschaftsübernahme sein.

Terrorismus und Islamopho-

Der Laizismus in Frankreich ist Gegenstand einer Debatte, die stark mit dem Aufstieg der radikalen Rechten verbunden ist. Sein heutiger Gebrauch meist offen reaktionär und dient als Waffe für die Exklusion in anti-muslimischen Kampagnen. In Frankreich entsteht der Laizismus historisch aus dem Kampf gegen den Absolutismus und ist im Fortgang stark verwoben mit der Geschichte des Kolonialismus und der Haltung gegenüber den Kolonialisierten: Zivilisierte zu Primitiven; Europäer zu Nicht-Europäern und schließlich Bürger zu „Indigènes“.
2016: Französische Polizei zwingt Burkiniträgerin am Strand Oberteil auszuziehen
Quelle: brightsblog.wordpress.com

bie bestimmen die kulturelle und politische Landschaft des 21. Jahrhunderts seit dem 11. September 2001. Islamophobie hat in der westlichen Vorstellung den Antisemitismus ersetzt, der zwei Jahrhunderte lang mit allen europäischen Nationalismen symbiotisch verwoben war und so Kultur und Mentalität des Alten Kontinents durchdrungen hat.

Heute hat der Rassismus seine Form und sein Angriffsziel geändert: Der muslimische Immigrant hat den Juden ersetzt. Der Rassimus, der auf biologistischen Theorien fußte, entwickelt sich zum kulturellen Vorurteil, das eine radikale anthropologische Kluft zwischen dem „jüdisch-christlichen" Europa und dem Islam behauptet. „Der Muslim" wird zur Projektionsfigur, zur Verkörperung fantasierter Ängste und Bedrohung. Traverso betont, dass die Wurzeln zeitgenössischer Islamophobie in Europas langer und gewalttätiger kolonialer Vergangenheit liegen. Der Kolonialismus schuf die Gegenüberstellung zwischen Bürgern (citizens) und kolonialen Subjekten (indigenes). Die radikale Rechte will diese alte Trennung wieder herstellen. Es ist Traverso überhaupt ein Anliegen, die Bedeutung nicht aufgearbeiteter Kolonialgeschichte und ihrer Massenmorde zu betonen.

Die Niederlagen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts hatten einen langfristigen, kumulierten Effekt, der sich heute in der mangelnden Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen ausdrückt. Die Weitergabe von Erfahrungen und politischen Kulturen von einer Generation zur nächsten, der „soziale Rahmen der Erinnerung" fehlen. Linke Kultur selbst wurde erschüttert. Hier setzen die radikalen Rechten an, der Gegensatz zwischen Kommunismus und Faschismus existiert nicht mehr. Das Ende des Kommunismus hat ein Tabu gebrochen, und postfaschistische Bewegungen beanspruchen jetzt die Position des Verteidigers der „popular classes".

Soziale und linke Bewegungen, wovon es heute viele, aber voneinander getrennte, gibt, müssen sich neu erfinden und den Übergang vom 20. Jahrhundert zu neuen Ideen und politischen Formen bewerkstelligen.

Enzo Traversos Buch ist lesenswert, schon wegen des kenntnisreichen Überblicks über die aktuellen rechtsradikalen Bewegungen und die Gesellschaften im historischen Faschismus. Er setzt sich mit Erklärungsansätzen verschiedener Historiker auseinander und arbeitet er die ideologischen Schnittmengen konservativer Ideologie und Politik mit dem Postfaschismus heraus. Dabei liegt sein Schwerpunkt auf Europa und hier vor allem auf Frankreich.

DOK Rechte Provokationen – Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Antisemitismus sei vor allem ein Problem der Linken, behauptet B. v. Storch (AfD) in der Bundestagsdebatte von 17.10.19 zum Brandanschlag auf die Synagoge in Halle: „... Dieser Antisemitismus ist kein Randphänomen gewaltbereiter Extremisten. Er kommt aus der Mitte des linksliberalen Milieus, aus linksliberalen Leitmedien und aus dem linken Kulturbetrieb. ... Das ist der Boden, auf dem der Terror wächst. (...) Das linksliberale Establishment diffamiert den jüdischen Staat, befeuert den Antisemitismus und verharmlost den Islamismus. ..." http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19118.pdf. A. Weidel nutzt bei ihrem Antisemitismus-Vorwurf geschickt den tatsächlich vorhandenen Streit im linksliberalen Lager zur „Boycott, Divestment (Entzug von Kapital), Sanctions-Bewegung" (BDS) gegen Israel. Das Anne Frank-Bildungszentrum in Frankfurt a. M. kritisiert diese BDS-Bewegung: „Jüdinnen und Juden werden von BDS für die Politik Israels verantwortlich gemacht – egal, ob sie mit dieser einverstanden sind oder nicht. Der kulturelle und politische Boykott richtet sich immer wieder gegen Einzelpersonen ..."
Das Modellprojekt „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968" hat sich mit diesen Momenten beschäftigt und eine Wanderausstellung zum Thema konzipiert, die unter https://www.bs-anne-frank.de/gegenteilvongut/ gebucht werden kann.
Die AfD selbst bemüht allerdings im Bundestag immer wieder das uralte antisemitische Stereotyp des Strippenziehers, der heimlich mit ungeheurer Macht, Völker und Nationen auslöscht. Die AfD nutzt zur Personifizierung George Soros, der jüdischer Herkunft ist. die Verschwörungstheorie einer „Umvolkung" nicht näher benannter Eliten. Die deutsche Bevölkerung solle durch die massenhafte Ansiedlung „kulturfremder" Menschen ausgetauscht, um aus Deutschland ein „Siedlungsgebiet" ohne Staatsnation zu machen. Der Begriff des Austauschs stammt von der Identitären Bewegung: Renaud Camus, Revolte gegen den großen Austausch.
Gerd Wiegel, AfD im Bundestag, Woche 16.-19.10.19

Deutscher Anwaltverein und Deutscher Juristinnenbund fordern den Rücktritt S. Brandners (AfD) vom Vorsitz des Rechtsausschusses im Bundestag wegen seiner verabscheuungswürdigen Äußerungen nach dem Anschlag in Halle. Nach dem Anschlag hatte Brandner den Beitrag eines anderen Nutzers auf Twitter geteilt, der fragte, warum Politiker mit Kerzen in Moscheen und Synagogen „rumlungerten", wenn doch eine „Deutsche" Opfer gewesen sei, „die gerne Volksmusik hörte", und ein „Bio-Deutscher". Die Präsidentin des Anwaltvereins, E. Kindermann, schrieb: „Auch außerhalb von Ausschusssitzungen verlangt das Amt des Vorsitzenden, den Respekt vor Menschen immer zu wahren." M. Wersig, die Präsidentin des Juristinnenbundes, verwies darauf, dass die Verbände schon im Frühjahr 2018 dazu aufgerufen hätten, Brandner nicht zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses zu bestimmen. Sein aktuelles Verhalten zeige deutlich, wie richtig der Aufruf gewesen sei. „Auch außerhalb von Ausschusssitzungen verlangt das Amt des Vorsitzenden, den Respekt vor Menschen immer zu wahren." Der ehemalige Präsident U. Schellenberg hatte die AfD für das NS-Vokabular in ihren Strafrechtsvorstößen kritisiert. Dass die AfD den Vorsitz im Rechtsausschuss hat, hängt mit parlamentarischen Gepflogenheiten zusammen. 16.10.19 FAZ

Das Theaterstück „Aus dem Nichts" von Fatih Akin ist seit 28.9.19 auf Tournee. Das Thema des Stücks sind die NSU-Morde, den Umgang des deutschen Rechtsstaats mit Opfern und Tätern rechtsextremer Verbrechen und – neu gegenüber dem gleichnamigen Film – der anschließende NSU-Prozess. Inspiriert ist es von dem 2004 durch den NSU verübten Nagelbombenanschlag in Köln. Die Erfahrung der Betroffenen, dass die Polizei lange im Umkreis der Opfer statt im rechten Milieu nach den Tätern suchte, und welch emotionales Drama für die traumatisierten Hinterbliebenen und ihre Familien damit einhergeht, ist durch das Theaterstück gut nachzuvollziehen. Dass die Geschichte jetzt in vielen Städten in den Theatern zu sehen ist, kann als Erfolg der Angehörigen gesehen werden, die nie aufgehört haben, die Wahrheit ans Licht zu bringen und das Andenken an ihre Angehörigen als Opfer faschistischer Morde öffentlich zu verankern.

Mainstream-Musiker beziehen Position gegen Rechts. Die „Dresdner Neue Nachrichten" beobachten, dass sich nach dem Anschlag in Halle auch Deutsch-Pop-Künstler (Max Giesinger, Joris, Helene Fischer) erstmalig bei dem Konzert zum Gedenken der Opfer des Anschlags in Halle am 12.10.19 auch „Mitte-Musiker" gegen Rechts stellten. „Der Kampf gegen Nazis ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Man kann ihn nicht nur ein paar linken Rockbands überlassen."
Dresdner Neue Nachrichten, 16.10.2019

Wahlkampf in Zeiten der Katalonienkrise

Die Leiden der Nacht

Die Kampagnen für die Wahl zum spanischen Parlament am 10. November werden dominiert durch die nationale Polarisierung wegen des Katalonienkonflikts.

Von Gaston Kirsche

„Jetzt Spanien. Jetzt Regierung“ steht groß auf der Plakatwand, daneben lächelt der amtierende Ministerpräsident Pedro Sánchez, unten ist die Faust mit der Rose zu sehen, das Symbol der PSOE, der nominell sozialistischen, real sozialdemokratischen Partei. Deren Koalitionsverhandlungen sind gescheitert, Sánchez Partei hofft auf mehr Mandate am 10. November, umso aus einer stärkeren Position heraus erneut um eine Mehrheit für seine Regierung zu verhandeln – die Umfragewerte im September sahen gut aus für die PSOE, zum Zeitpunkt der Parlamentsauflösung, mittlerweile ist dies nicht mehr eindeutig. De facto sind Spaniens Parteispitzen seit dem Sommer im Wahlkampf – im Juli erklärte Sánchez, er könne nicht ruhig schlafen bei der Vorstellung, Minister von Unidas Podemos würden durch eine Erhöhung von Sozialausgaben die Haushaltsdisziplin verletzen. Damit waren die Verhandlungen mit dem linksalternativen Wahlbündnis Unidas Podemos praktisch am Ende, den ganz ohne Ministerämter und Einfluss auf die Regierungspolitik wäre es keine Koalition, sondern eine Tolerierung. Aber Unidas Podemos möchte nach über einem Jahr Tolerierung ab jetzt verbindlich mit entscheiden dürfen. Und um eine absolute Mehrheit im Parlament zu haben, wäre die Zustimmung der Regionalparteien aus dem Baskenland und Katalonien zusätzlich nötig. Die katalanischen Regionalparteien waren und sind aber nicht bereit, Sánchez weiter im spanischen Parlament zu unterstützen, da er sich weigert, mit ihnen über ihre Unabhängigkeitsbestrebungen zu verhandeln.

In der Nacht auf Freitag begann der offiziell kürzeste Wahlkampf in Spanien seit dem Ende der Francodiktatur. Die regierende PSOE entschied sich, ihre Auftaktveranstaltung in Sevilla durchzuführen, in Andalusien, ihrer traditionellen Hochburg. Die konservative Volkspartei PP startete ebenso in Sevilla ihren Wahlkampf. Denn im Dezember 2018 konnte sie nach den Regionalwahlen in Andalusien das erste Mal eine Regierung bilden, zusammen mit der liberalen Partei Ciudadanos, Cs und toleriert von der erstmals in ein Regionalparlament eingezogenen neofranquistischen Partei VOX. Viele Wähler der PSOE blieben bei der Regionalwahl zuhause, weil die andalusische PSOE zu offensichtlich staatliche Gelder, die eigentlich für die Qualifizierung von Arbeitslosen gedacht waren, über Jahre in einer Günstlingswirtschaft an ihr nahestehende Firmen verteilt hatte. 21 hohe Funktionäre der Regionalregierungen der PSOE der letzten beiden Jahrzehnte müssen sich deswegen derzeit in einem spektakulären Prozess verantworten. Unter den Angeklagten sind auch zwei langjährige Ministerpräsidenten Andalusiens, Manuel Chaves und José Antonio Griñán. Darüber sprechen Spaniens Sozialdemokraten nicht so gerne, umso lieber dagegen die Konservativen, um vom eigenen Korruptionsprozess abzulenken, der im Mai 2018 mit der Verurteilung zahlreicher konservativer Politiker, darunter des langjährigen Schatzmeisters endete. Die Konservativen verloren bei den letzten spanischen Parlamentswahlen, den ersten nach dem Korruptionsprozess, die Hälfte ihrer Wähler und stürzten auf 17 Prozent ab. Bei den kommenden Wahlen wollen sie die zu den Liberalen und den Neofranquisten abgewanderten Wähler zurückgewinnen. Die beiden großen Parteien PSOE und PP haben sich Andalusien als Ausgangsbasis für eine Rückgewinnung der Wähler von den kleineren Parteien erkoren. Bis 2015 dominierten die beiden großen Parteien unangefochten das spanische Parlament.

Pedro Sánchez begann seinen Auftritt mit Zweckoptimismus: „Der Sieg des Sozialismus beginnt hier, in Sevilla, in Andalusien!“ Das auf billigen Plastikstühlen sitzende Publikum klatschte frenetisch. Zuvor hatten die regionale Parteivorsitzende Susana Díaz, sowie María Jesús Montero, aus Andalusien stammende Finanzministerin der Minderheitsregierung von Sánchez, gesprochen. Die bedankte sich überschwänglich bei Sánchez für ihren Ministerposten und dass sie einen für Andalusien vorteilhaften Haushalt im Parlament präsentieren durfte – der allerdings nicht verabschiedet wurde, weil dafür die parlamentarische Mehrheit fehlt. Susana Díaz, in der PSOE spanienweit einflussreiche Vorsitzende der PSOE Andalusiens, sprach geradewegs an, was sie für das zentrale Thema des Wahlkampfes ist: „Es leben mehr als eine Million Andalusier in Katalonien, und ich leide jede Nacht mit ihnen“. Susana Díaz macht in der PSOE seit Jahren Druck dagegen, Katalonien mehr Autonomierechte zuzubilligen oder gar ein Referendum über eine mögliche Unabhängigkeit zuzulassen. In Fragen der „großen, einen Nation“, wie Spanien in der Verfassung aus der Zeit des Übergangs von der Francodiktatur zur konstitutionellen Monarchie definiert wird, unterscheidet sich Susana Díaz kaum von rechtsnationalen Konservativen: „Was Spanien in diesem Moment in Wirklichkeit braucht, ist, dass sich die Patrioten hinter den Präsidenten der Regierung stellen“. So appellierte sie im nationalen Sinn an die beiden Parteivorsitzenden Albert Rivera von den Liberalen und Pablo Casado von den Konservativen. Die Tragik der PSOE ist, dass Rivera und Casado aber nicht dazu bereit sind, eine Minderheitsregierung der PSOE durch Enthaltung zu dulden. Da nutzt es auch nichts, wenn die Ministerin María Jesús Montero in ihrer Rede demonstrativ dem Innenminister zu dessen massivem, repressivem Vorgehen gegen die zivilgesellschaftlichen Proteste in Barcelona gratuliert: „Danke an meinen Genossen Marlaska dafür, die Ordnung in Katalonien besonnen aufrechtzuerhalten.“

Auch Spitzenkandidat Sánchez stellte in seiner Rede die katalanische Unabhängigkeitsbestrebung nicht als politische Bewegung, sondern als Bedrohung dar: „Wir stehen großen Gefahren gegenüber: Der Abkühlung der Weltwirtschaft, den Sezessionsbestrebungen in Katalonien und dem Brexit,“ und „deshalb brauchen wir eine starke Regierung“. Die klare Positionierung von Sánchez beim Katalonienkonflikt steht in scharfem Kontrast zu seiner blumigen, unverbindlichen Ausdrucksweise, wenn es um eine sozial gerechtere Politik geht: „Nach dem 10.

Tabelle: Umfragen zu den Parlamentswahlen in Spanien am 10. November 2019

	Wahlergebnis vom 28. 04.2019		Wahlumfragen vom Oktober 2019			
	Stimmenanteil	Abgeordnete	El País (16.10.) %	Ep País (16.10.) Mandate	Sigma Dos/ El Mundo GAD3/ABC (14.10.) %	(13.10.) %
PSOE	28,7	123	27,8%	125	27,5%	28,4%
PP	16,7	66	21	96	20,6%	22,2%
Unidas Podemos*	12	42	12.6%	28	13.2%	11.9%
Ciudadanos	15,9	57	9,9%	21	9,8%	8,6%
Vox	10,3	24	10,5%	33	10,7%	11,8%
Más País			4,6%	8	4,4%	3,9%
ERC	3,9	15				
JxCat		7				
CUP					2	
Andere		16				
		350				

Tabelle im Rahmen eines von Wilhelm Hofmeister bei der KA- Stiftung bereitgestellt. Quelle: https://www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/spanien-neuwahlen

November, eine progressive Regierung, und dann ein progressiver Haushalt für ganz Spanien“.

Still und leise wollte die Madrider Parteiführung des PSOE letzte Woche einen Programmentwurf für die Wahlen vom 10. November verabschieden, in dem wesentliche Punkte aus dem letzten Wahlprogramm vom März entfallen sollten: So stand dort nur noch, Spanien solle „im Rahmen der Verfassung“ und des „sozialen Ausgleichs“ weiterentwickelt werden. Es fehlte, dass die PSOE eine Förderalisierung Spaniens anstrebt, einen Ausbau der Autonomie und der Selbstregierung der Regionen. So wäre die Idee eines dezentralisierten, republikanischen Bundesstaates noch nicht mal mehr als Fernziel vorgekommen. Miquel Iceta, Vorsitzender der Regionalpartei der PSOE in Katalonien, der PSC, erreichte durch Druck hinter den Kulissen, dass der Passus zum Föderalismus wieder aufgenommen wurde und so eine dezentrale Gliederung vergleichbar der Bundesländer in Deutschland als Fernziel im Programm bleibt.

Nicht wieder aufgenommen wurde dagegen ein Passus, der im letzten Wahlkampf von den rechten Parteien, den Konservativen und Liberalen, skandalisiert wurde: Die PSOE forderte Steuererhöhungen für Vermögende und Spitzenverdiener. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Dabei hat Spanien ein Einnahmedefizit und aus Brüssel erneut eine Aufforderung zu Einsparungen im Haushalt bekommen. Und seit der Finanzkrise 2008 nimmt die soziale Ungleichheit in Spanien massiv zu: Von 2007 bis 2019 ist die Zahl der Millionäre um 50 Prozent angestiegen. Gleichzeitig stieg die Armutsquote von 23,8 auf 26,6 Prozent aller Haushalte. 28 Prozent der Kinder leben in Armut. 33 Prozent der unter 25-jährigen sind arbeitslos. Die 10 reichsten Prozent der Spanier besaßen 2007 zehnmal soviel wie die 10 ärmsten Prozent. Mittlerweile sind es 15-mal soviel. Zeitgleich mit dem Wahlkampfauftakt wurde im nordspanischen Galizien bekannt, dass ein 42-jähriger Obdachloser, der an einem Protestcamp „Gegen die Armut“ auf der Praza do Rei vor dem Rathaus von Vigo teilgenommen hatte, beim Übernachten im Zelt gestorben war. „Er ist jetzt ein Vögelchen“ meinte ein Freund von ihm aus dem Protestcamp laut der Lokalausgabe von „El País“. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Vigo, Abel Caballero, ließ erklären, der Obdachlose hätte Hilfsangebote in Anspruch nehmen können. Dem widersprachen Obdachlose aus dem Protestcamp: Wer eine noch so kleine Geldleistung vom Staat erhält darf nicht in die Notunterkünfte. Aber Armut und Sozialabbau sind kein Thema im Wahlkampf der PSOE, sie verwaltet beides nur.

Thüringen – Eine zweite Chance für emanzipative Politik

Martin Fochler, München. Nach der Wahl hat Ministerpräsident Ramelow das Mandat, eine Regierungsbildung zu versuchen. Im Moment ist ungewiss, ob die FPD über den 5 Prozent bleibt. Vorläufig entfallen auf die Linke 29, die SPD 8 und die Grünen 5 Mandate, zusammen 42. Auf AFD 24 und CDU 22 zusammengezählt 43. Fallen die derzeit 5 FDP-Mandate weg, müssen die Sitze auf die verbleibenden Parteien verteilt werden. Wahrscheinlich wäre eine Konstellation von (Linke, SPD, Grüne) +2=44 und (CDU, AFD)+3=46. Diese Konstellation ist explosiv.

Der Ministerpräsident kann in Thüringen mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Die Wahl ist geheim. Es kommt also darauf an, ob Linke, SPD und Grüne zusammenhalten und ob die Union eine numerische Mehrheit mit der AfD nicht doch zum Tragen bringt. Auch wenn die FDP dabei bleibt, muss die Thüringer Linke eine große Integrationsleistung vollbringen, sie muss nicht nur ihr Regierungslager stabilisieren, sondern auch Rücksichten auf die Union nehmen. Ramelow hatte am Wahlabend angedeutet, dass eine Erleichterung von Volks- und Bürgerentscheiden ein Angebot auch an die Union sein könnte. Was die CDU am Ende machen wird, bleibt ungewiss, in der Partei werden Bestrebungen in Richtung Bündnis mit der AfD hörbar.

Allerdings hat sich Linke bei dieser Wahl aus der Regierung heraus als stärkste Partei in den Umbrüchen des Parteiensystems behaupten können. Grund dafür war, wie alle sagen, die Beliebtheit des Ministerpräsidenten,. Aber was war der Grund für diese unbestrittene Beliebtheit?

Auf der Ebene der Länder und der mit ihren Landesregierungen konkret verflochtenen Gemeinden spielt sich die Bereitstellung der öffentlichen Einrichtungen ab, der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur ab. Ihr Zustand ist für die Chancen der Lebensgestaltung aller maßgebend. Die dauernd nötigen Anpassungs- und Ausbauprozesse können in verschiedene Richtung gehen: Exklusiv auf Bedienung privilegierter Gruppen oder aber als Hilfsmittel der freien Entwicklung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Diesen Weg der Emanzipation hat die Koalitionsregierung Ramelow gesucht und beschritten. Es wäre ein glänzender Erfolg gewesen, wenn alle Beteiligten dabei gewonnen hätten. Das Wahlergebnis honoriert, dass die Regierungskoalition in diese Richtung gegangen ist, und es kritisiert, dass man nicht weit genug vorangekommen ist. Welche Vorhaben wird die zunächst geschäftsführende und dann – hoffentlich – als Minderheitsregierung bestätigte Koalition für die kommende Legislaturperiode proklamieren und alsbald tatsächlich in Angriff nehmen? Darauf kommt es an. Bei einer ersten Wahl für demokratische Ämter können Bewerber sich von Hoffnungen ins Amt tragen lassen, bei einer Wiederwahl geht es schon mehr um handfeste Erwartungen. Kann Rot-Grün-Rot den berechtigten Erwartungen der Leute sogar aus der schwachen Position einer Minderheit heraus entgegenkommen, wird vielleicht auch in der Strategiedebatte der Partei verstanden werden, dass ein Politikstil, der jede Chance auch begrenzter Verbesserung sucht und findet, die schärfste Form der Kritik am vorgefundenen Zustand darstellt und ein belastbares Argument gegen Ausgrenzung und Rassimus liefert.

DOK Erkenntnisse zu wahlentscheidenden Themen und Parteikompetenzen – Zufriedenheit mit der Landesregierung – keine Wechselstimmung – Aus dem Wahlnachtbericht*

Die rot-rot-grüne Landesregierung wurde abgewählt, ohne dass es eine Wechselstimmung im Land gegeben hätte. Ihre Schwäche war die Schwäche der SPD und der Grünen, der kleineren Koalitionspartner. Die Popularität des Ministerpräsidenten hat ihre Anhängerschaft nicht mitgezogen, möglicherweise hat die Fokussierung auf Bodo Ramelow ihnen sogar geschadet. – Zufrieden mit der Landesregierung. Eine positive Bewertung erhält Bodo Ramelow auch von einer Mehrheit der CDU-Wähler, ein großes Problem für die Strategie der CDU, von der Schwächung der „demokratischen Mitte“ und dem „Erstarken der beiden Ränder“ zu sprechen, wie es anscheinend als erste vorläufige Sprachregelung aus dem Konrad-Adenauer-Haus ausgegeben wurde.

Zufrieden mit der Landesregierung waren von allen Befragten				
1999	2004	2009	2014	2019
49%	41%	40%	46%	58%
Infratest dimap				

* Die WAHLNACHTBERICHTE sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erschienen erstmals anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. – Quelle des hier mit wenigen Auszügen genutzten 22-Seiten Wahlnachtberichtes: https://www.rosalux.de/publikation/id/41166/die-wahl-zum-7-thueringer-landtag-am-27-oktober/

	Alle Befragten	Wähler der					
		LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD
»Bodo Ramelow ist ein guter Ministerpräsident.«	70%	99%	95%	86%	60%		26%
»Wer sollte die nächste Landesregierung führen?«							
DIE LINKE	40%	97%	65%	52%	10%		8%
Andere Partei	49%	1%	31%	39%	83%		88%

Infratest dimap

Ministerpräsident Bodo Ramelow macht seine Sache eher gut

(...) Trotz der hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung sehen mehr Befragte als 2014 ihr Land nicht gut auf die Zukunft vorbereitet. Hier spiegeln sich womöglich die bevorstehenden und erwarteten Umbrüche in der Wirtschaft (Automobilindustrie) wie auch die Veränderungen zum schlechten, die für die Infrastruktur festgestellt werden. Die persönliche wirtschaftliche Situation wird weit überwiegend mit „gut" beurteilt. Auch die Wähler der AfD sehen das zu drei Vierteln so.

»In diesen Bereichen hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verschlechtert«	
Ärztliche Versorgung	41%
Öffentlicher Nahverkehr	33%
Polizeipräsenz	31%
Schulen und Kitas	26%
Ämter und Behörden	24%
Einkaufsmöglichkeiten	20%

Infratest dimap

Auch im sozialen Nahbereich werden nur von einer klaren Minderheit alles in allem Verschlechterungen wahrgenommen. Auf die Frage „In meiner Gegend haben sich die Lebensumstände in den vergangenen Jahren..." antworteten mit „verschlechtert" 13%, mit „nicht viel verändert" 31% und mit „verbessert" eine relative Mehrheit von 34%. In diese Gesamtbewertung fließt eine spezifische Problemwahrnehmung ein. Wenn es sich alles in allem auch nur für wenige verschlechtert hat, so in einzelnen Bereichen doch für deutlich mehr Befragte – auch in Thüringen handelt es sich um die aus Brandenburg und Sachsen bekannten Probleme der sozialen Infrastruktur in schrumpfenden, alternden und dünnbesiedelten Landstrichen.

(...) Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) ermittelt eine etwas andere Problemlage und Sicht auf die Parteikompetenzen (was überwiegend an einer anderen Fragestellung liegt). Grundsätzlich ergibt sich aber kein anderes Muster bei den Problemwahrnehmungen und zugewiesenen Parteikompetenzen.

Die wichtigsten Probleme		Parteikompetenzen				
		LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	AfD
Schule/Bildung	29%	28%	9%	3%	16%	9%
Ausländer/Flüchtlinge	17%	18%	8%	4%	17%	22%
Klima/Umwelt/Energiewende	16%	7%	6%	31%	15%	7%
Infrastruktur	13%	17%	9%	4%	26%	6%
Arbeitslosigkeit	12%	15%	10%	2%	29%	5%
Soziale Gerechtigkeit		35%	17%	2%	15%	9%
Wirtschaft		19%	7%	0%	29%	7%
Sorgen/Probleme Ostdeutsche		40%	6%	1%	10%	12%
AfD/Rechte	11%					

FGW

Die Urteile über die Regierungspartei Die Linke spiegeln die alte politische Polarisierung im Land entlang der Haltung zur DDR und „SED-Nachfolge" wieder, wenn 43% sagen, die Partei sollte wegen ihrer unklaren Distanzierung von der DDR das Land nicht regieren.

Aber auch die neue Polarisierung durch die AfD wird deutlich, wenn 48% die Thüringer Linke als „Partei der Mitte" einordnen. Diese Verortung mag überwiegend der Arbeit des Ministerpräsidenten zu verdanken sein. Denn immerhin sagt ein Drittel der Linke-Wähler ausdrücklich, nur wegen Bodo Ramelow wieder die Partei gewählt zu haben und auch 40% der neuen Wähler der Partei erklären dies.

Ansichten über Die Linke

„Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich." 58%
„Hat ein gutes Gespür für die Probleme der Menschen in Thüringen." 55%
„Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland." 54%
„Ist in Thüringen eine Partei der Mitte." 48%
„Eine Partei, die sich nicht klar von der DDR distanziert hat, sollte Thüringen nicht regieren." 43%
„Ohne Bodo Ramelow käme ich gar nicht auf die Idee, die Linke zu wählen." .....
Linke-Wähler 30%
Neue Linke-Wähler 40%

Die Versuche, die Partei gegenüber einer „demokratischen Mitte" als randständig einzuordnen, laufen vollends ins Leere, wenn nur 25% aller Befragten und nur 28% der CDU-Wähler meinen, die CDU solle auf jeden Fall dabeibleiben, eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auszuschließen, aber jeweils etwa zwei Drittel sagen, die CDU soll das neu entscheiden (Infratest).

Die Ansichten über die Grünen spiegeln die Auseinandersetzungen, die der Gesellschaft bevorstehen, wenn tatsächlich eine nachhaltig die Klimakatastrophe eindämmende Klimapolitik verfolgt werden würde.

Ansichten über die Grünen

„Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze" 67%
„Ihre Klimapolitik ist zu radikal." 66%
„Finde es gut, dass sie sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen." 66%
„Übertreiben es mit dem Umwelt- und Klimaschutz." 63%
„Wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben." 59%

Infratest dimap

Die Ansichten über die AfD entsprechen denen anlässlich anderer Wahlen. Die Übereinstimmung der Wähler der AfD mit den fremdenfeindlichen und islamophoben Positionen der Partei bleibt extrem hoch. Bemerkenswert sind die fast 40% aller Befragten, die die Partei für eine demokratische Partei wie alle anderen auch halten – trotz zum Beispiel eines Spitzenkandidaten, den „Faschist" zu nennen eine tatsachengestützte Behauptung ist.

Ansichten über die AfD

„Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen." 82%
„Spricht aus, was in den anderen Parteien nicht gesagt werden darf." 56%
„Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will." 47%
„Finde es gut, dass sie in der Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegensetzt." 39%
„Ist eine demokratische Partei wie alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien auch." 39%

Infratest dimap

Knapp die Hälfte der AfD-Wähler sagt, Hocke sei zu nah an rechtsextremen Positionen – sie wussten also, wen sie wählten.

Ansichten der AfD-Wähler über Björn Hocke

„Finde es gut, dass er kein Blatt vor den Mund nimmt." 77%
„Mit ihm hat die AfD in Thüringen den richtigen Spitzenkandidaten." 51%
„Ist mir zu nahe an rechtsextremen Positionen." .. 44%

Infratest dimap

Die Urteile, die über SPD und CDU erfragt wurden, deuten darauf, dass deren schlechtes Abschneiden zu einem hohen Anteil dem schlechten Erscheinungsbild der Großen Koalition, also der Bundespolitik zuzuschreiben ist. Bei der CDU kommen die anhaltenden Verluste konservativ-nationaler Wähler an die AfD hinzu.

Nach der „Deutschland AG“: die neuen Eigentümer heißen BlackRock & Co

Rüdiger Lötzer, Berlin

Es ist still geworden um die Finanzmärkte. Seit dem Abklingen der globalen Finanzkrise von 2007f. gibt es viele Texte, warum und wieso es zu dieser Krise kam. Aber was sich seitdem an den Finanzmärkten neu entwickelt hat, wird kaum noch analysiert. Das Thema ist aus den Schlagzeilen. Dabei mussten die großen Banken – allen voran die der USA – bis Anfang 2018 über 243 Milliarden Dollar Bußgelder für ihre Verfehlungen in dieser Finanzkrise bezahlen. Hedgefonds und „Geier-Fonds“ sind weiter aktiv. Neue Entwicklungen sind hinzugekommen. Kunstwährungen wie die Bitcoins sind etabliert. Unternehmen wie Facebook denken über eine eigene Währung nach. Aber seriöse Analysen, was sich seit der Finanzkrise auf den Geldmärkten getan hat, sind Mangelware.

Heike Buchter, BlackRock, Campus Verlag, 280 Seiten, 27,95 Euro.

Ein Beitrag dazu, was sich dort seitdem getan hat, ist das Buch von Heike Buchter. Die Autorin ist seit 2001 Korrespondentin der „Zeit“ an der Wallstreet und hat eine entsprechende „Schreibe“. Die muss nicht allen gefallen, tut aber hier nichts zur Sache. Hierzulande ist ihr 2015 erschienenes Buch bisher kaum aufgefallen. Das wäre vermutlich auch so geblieben, wenn der CDU-Mann Friedrich Merz sich nicht nach dem Rücktritt Merkels als CDU-Parteivorsitzende in die Politik zurückgemeldet hätte. Merz war 2016 bis 2019 Aufsichtsratsvorsitzender von „BlackRock Deutschland“ mit Sitz in Frankfurt und München. Das hat einige Leute neugierig gemacht, bis hin zu einem Film über „BlackRock“, der im Fernsehen gesendet wurde und auf dem Buch von Heike Buchter aufbaut.

Hierzulande ist BlackRock Nachfolger dessen, was früher einmal die „Deutschland AG“ genannt wurde – ein Geflecht von Unternehmen der Finanzbranche mit der Realwirtschaft. Im April 2018 war BlackRock in Deutschland:

– größter Einzelaktionär bei einem Drittel aller DAX-Unternehmen, darunter der Deutschen Bank, der Lufthansa, der Bayer AG, der BASF, der Deutschen Börse, der Vonovia;

– mit Abstand größter Einzelaktionär aller an der Deutschen Börse gelisteten Unternehmen, besaß 5,3 % des Aktienkapitals und 10,7 % des sog. „Streubesitzes“.

Das schafft Tatsachen, die Geschäftsführer mittlerer und großer Unternehmen bei ihren geschäftlichen Entscheidungen tunlichst nicht übersehen sollten, die tief in wirtschaftliche Prozesse eingreifen und das Arbeitsleben und die Zukunft von Millionen Beschäftigten beeinflussen.

Weltweit ist Blackrock die mit Abstand größte Vermögensverwaltungsgesellschaft der Welt. Das erst 1988 gegründete Unternehmen mit Sitz in New York verwaltete laut „Wikipedia“ im Juni 2019 Vermögen in Höhe von gigantischen 6.840 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich überwachte das Unternehmen weitere etwa 30 000 Investmentportfolios im Gesamtwert von etwa 15 000 Milliarden Dollar, die ihm von über 150 Pensionsfonds, Banken, Versicherungen, Stiftungen und anderen großen Anlegern weltweit anvertraut waren. Das entspricht fast 10 % aller Geldvermögenswerte weltweit. Zum Vergleich: die gesamte deutsche Staatsschuld betrug am 31.12.2018 etwa 2.100 Milliarden Dollar. Die von BlackRock direkt verwalteten und indirekt betreuten Vermögen betrugen also zusammen das Zehnfache der deutschen Staatsschuld. Die Warnungen der Zentralbanken vor den Risiken im Fall von Krisen großer, „systemrelevanter“ Banken („Too big to fail“) gelten für Unternehmen wie BlackRock potenziert.

Nummer zwei unter den weltgrößten Vermögensverwaltungsgesellschaften ist „The Vanguard Group“, 1975 gegründet und ebenfalls in den USA ansässig. Weltweit brachte es die Gruppe 2015 auf etwa 3 000 Milliarden Dollar Vermögen. Sie ist an der „Google“-Firma „Alphabet“ mit 7,1 % beteiligt, am Finanzdienstleister „Paypal“ mit 6,8 %, hierzulande u.a. an „Diebold Nixdorf“, „Delivery Hero“, „HelloFresh“, „Home24“ und „Zalando“, weltweit an Unternehmen wie Apple, Caterpillar, John Deere, McCormick.

Wer wissen will, wie es zu diesem Aufstieg der großen Vermögensverwaltungsgesellschaften gekommen ist, für den lohnt das Buch von Heike Buchter. Wenn ihre Geschichte stimmt – und sie klingt plausibel – so gelang BlackRock der Aufstieg unter anderem durch Programme zur Risikovermeidung bei großen Geldanlagen. Der Einstieg ins große Geschäft gelang Larry Fink, dem Gründer und bis heute Vorsitzenden von BlackRock, schon 1994, als der US-Konzern General Electric entdeckte, dass er sich eine von Betrügern geleitete Wallstreet-Bank gekauft hatte mit Namen Kidder Peabody. Als die Geschäftsführer dieser Bank wegen Insidergeschäften und anderen Betrügereien verhaftet und in Handschellen aus ihren Büros geführt wurden, beauftragte der damalige Chef von GE, Jack Welch (der Erfinder des „Shareholder-Values“) BlackRock mit der Analyse eines zehn Milliarden Dollar schweren Immobilienportfolios der Bank, um es schnellstmöglich zu verkaufen und die Bank zu zerschlagen. BlackRock gelang es, das Portfolio zu analysieren, auf Schwachstellen abzusuchen und zu verkaufen. Dieser Erfolg begründete den Aufstieg von BlackRock.

Die nächsten Schritte sind in dem Buch nachzulesen. In der Finanzkrise wurde BlackRock dank seines Knowhows bei der Analyse fauler Geldmarktpapiere zu einem unentbehrlichen Berater der US-Regierung, der US-Zentralbank und anderer Zentralbanken. In der Eurokrise folgte der Einsatz in Irland, Griechenland und anderswo, bei der Entwicklung der „Stresstests“ für Banken und bei den Anleihe-Aufkauf-Programmen der EZB. Heute sind die BlackRock-Berater Dauergäste bei Finanzministerien und Zentralbanken. Sie verwalten Vermögen großer US-Pensionsfonds ebenso wie der Staatsfonds von Dubai, Singapur etc. Sie sind Großaktionäre von Banken wie JP Morgan, Citigroup und Bank of America, von ExxonMobil, Chevron, Apple, McDonalds und Nestle, von Bauunternehmen wie Hochtief, Bilfinger, von Airbus, Monsanto ebenso wie von Rüstungsunternehmen wie Raytheon, Lockheed Martin und General Dynamics. Kurz: Sie sind in allen Bereichen der Realwirtschaft und haben dort frühere Eigentümer als neue Eigentümer abgelöst.

Wie ist ihnen das gelungen? Anscheinend vor allem durch ihr Knowhow bei der Aufdeckung von Risiken für Geldanlagen. Dann durch den einfachen Trick, die Spekulation auf einzelne Aktien abzulösen durch sogenannte „Indexfonds“, bei denen Automaten das Geld der Anleger gleichmäßig auf komplette Börsenindizes wie den DAX, den Dow Jones usw. verteilen und binnen Millisekunden täglich an die Kursentwicklung dieser Indizes anpassen und umschichten. Und drittens dadurch, dass diese Firmen sorgfältig darauf achten, weder als Banken noch als Versicherungen zu gelten, so dass weder die Eigenkapitalvorschriften für Banken noch die Sicherungsvorschriften für Versicherungen für BlackRock & Co. gelten. Das spart enorme Kosten – für Eigenkapital, Börsenmakler und Fondsmanager. An deren Stelle treten Automaten und Programme, die ständig weiter verfeinert werden. Am Ende sinniert die Autorin vielleicht nicht zu Unrecht über Ray Kurzweil und dessen Theorien über „künstliche Intelligenz“ und darüber, ob die Menschheit vielleicht bald durch Automaten beherrscht wird. Lesenswert!

Weitere Quellen: Wikipedia zu „BlackRock“ und „The Vanguard Group“; FAZ-Sonntagszeitung, „Der größte Anleihefonds der Welt“, 9.5.2015; „Fonds Online“, 22.2.2018

1.JUNI
1794
PREUSSEN

Vereinigungsfreiheit – Voraussetzung pluralistischer Gesellschaften

Thomas Birg, Hattingen

Die Vereinigungsfreiheit (VF) gehört zu den Grundprinzipien der ILO und bestimmt deren Selbstverständnis. In Deutschland wird sie im Art. 9 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) allen Staatsbürgern garantiert. Damit unterscheidet sie sich von Art. 9 Abs. 3 GG, der das Recht zur Koalitionsfreiheit „jedermann" garantiert und Grundlage für die Bildung von Gewerkschaften ist.

Mit dem preußischen allgemeinen Landrecht von 1794 wird die VF erstmals, nicht uneingeschränkt in Preußen und dann mit der Paulskirchenverfassung (1849) in deutschen Landen für kurze Zeit gewährt. Zwischen 1849 und 1919 ist es damit wieder vorbei. In der Weimarer Reichsverfassung enthalten, machen die Faschisten ihr 1933 wieder ein Ende. Die nach 1945 entstehenden Landesverfassungen und das Grundgesetz garantieren die VF bis heute. Als Freiheitsrecht dient sie vorrangig der Abwehr staatlicher Eingriffe in das Recht, sich frei in Vereinigungen zusammenzuschließen und steht in engem Zusammenhang mit der Versammlungsfreiheit.

Den Bürgern wird individuell eine Freiheitssphäre garantiert, die den freiwilligen und ungehinderten Zusammenschluss ermöglicht. Sie ist Grundlage für die Bildung von Vereinen und Gesellschaften. Von staatlicher Seite darf in diese nur unter verfassungsrechtlich definierten Voraussetzungen eingegriffen werden. Als Grundlage für das Entstehen eines Vereinswesens entwickelt sich die Forderung nach VF im frühen 19. Jahrhundert. Sie ist Ausdruck des Wunsches der Menschen sich ohne staatliche Bevormundung freiwillig zusammenschließen zu können. Schon im 18. Jahrhundert entstehende Vereine sind überwiegend durch Geheimprinzip und Exklusivität geprägt. 1737 wird in Hamburg die erste Loge gegründet, der rasch weitere folgen. Es sind anfangs wesentlich geschlossene Gesellschaften des Bürgertums, die überregionalem Austausch und der Verständigung mit dem Adel dienen, sich in Teilen aber schnell an einer humanistischen Ethik und der Aufklärung orientieren, karitativ tätig werden.

Die ab Mitte des 18. Jahrhunderts entstehenden Lesegesellschaften des mittleren und gehobenen Bürgertums dienen in erster Linie der Verbesserung der Aufstiegschancen durch Bildung, sind Träger bürgerlicher Emanzipation und Motor bei der Entstehung einer bürgerlich geprägten Gesellschaft. Dem Gedanken der Aufklärung Rechnung tragend, sind sie immer wieder staatliche Eingriffe von Auflösung bis Kontrolle unterworfen.

Das dadurch entstehende intellektuelle Potential, das auch künstlerisch seinen Ausdruck findet, sickert in eine zunehmend kritisch werdende Gesellschaft Anfang des 19. Jahrhunderts ein. Die langsame Auflösung von Geheimprinzip und Exklusivität trägt ihren Teil dazu bei, dass der Wunsch nach Vereinigungsfreiheit sich ausbreitet und auch für politische Zusammenschlüsse notwendige Grundlage ist.

Das preußische allgemeine Landrecht von 1794 gewährt zwar ein vielfältiges Vereinswesen, grenzt es aber scharf von politischen Vereinen ab. Dennoch wird bei vielen mit Beginn des 19. Jahrhunderts entstehenden Vereinigungen deutlich, dass sie starke politische Zielsetzungen haben. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung werden die staatlichen Sanktionen und Vorgaben verschärft, und das Entstehen von unverdächtigen Turn- und Gesangsvereinen als Tarnung erlebt eine erste Blüte.

Zum Träger und Motor der Forderung nach Vereinigungsfreiheit und nationaler Utopien werden von den unpolitischen Vereinen organisierte Feste und Wettbewerbe. Sie werden zur politischen Arbeit genutzt und sind wichtiger Bestandteil der Aufbruchsbewegung des Vormärz.

Kennzeichnend für das bürgerliche Vereinswesen ist allerdings nicht nur die politische Intention. Die negativen Auswirkungen der Industrialisierung auf die arbeitende Bevölkerung sind nicht mehr zu übersehen und das sich entwickelnde soziale Engagement führt zur Gründung erster Sozialunterstützungsvereine, aber auch zur Disziplinierung der wachsenden proletarischen Unterschicht durch Vereine zur Arbeitserziehung.

Unzureichend organisierte staatliche Bereiche werden z.B. durch Feuerwehrvereine oder Volksbildungsvereine ergänzt. Zur Bekämpfung des immer mehr um sich greifenden Elendsalkoholismus entstehen Mäßigkeitsvereine, und die durch Massenverelendung zunehmende Auswanderung wird in der Gründung von Auswandererverein sichtbar.

Die in den 1840er Jahren entstehenden Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine organisieren Hilfe zur Selbsthilfe und sind, wie die katholischen Arbeitervereine, eine Reaktion auf die Ausbreitung des bürgerlichen Vereinswesens und eine für das (Über)Leben und die gesellschaftliche Teilhabe immer wichtiger werdende Notwendigkeit.

Die Vereinigungsfreiheit ist eine zentrale Forderung der Märzrevolution 1848. Sie wird ausdrücklich in der Paulskirchenverfassung von 1849 verankert, kann aber bedingt durch die erfolgreiche Konterrevolution in der Rechtspra-

Der räumliche Geltungsbereich des Preussischen Allgemeinen Landrechts von 1794.
Quelle: Ziegelbrenner – Eigenes Werk/Source of Information: Putzger – Historischer Weltatlas, 89. Auflage, 1965; https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=22557242 (Farbe für das PL auf weiss gestellt *PB*).

Arbeiterbildungsvereine: Proletarier aller Länder vereinigt Euch

Thomas Birg, Hattingen

Im 1863 für den ADAV verfassten „Bundeslied“ schreibt Georg Herwegh: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht, alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Die spätere Bezugnahme erfolgt meist auf den zweiten Teil des Satzes. Zur kollektiven Verweigerung der Ware Arbeitskraft, muss allerdings erst ein entsprechendes Bewusstsein entstehen. Die Voraussetzung der Erkenntnis eigener Stärke stellt auch Herwegh der Aktion voran.

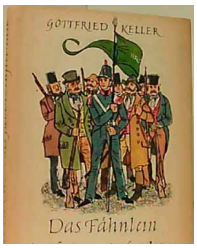
Mit der Industrialisierung entsteht die Arbeiterklasse, sie versteht sich aber noch nicht als solche. Dieses Bewusstsein muss sich noch entwickeln, um vereinzelten Kämpfen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen wirkungsvolleres Handeln entgegenzusetzen. Bildung und damit auch Arbeiterbildungsvereine (ABV) spielen für die Entstehung von Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterbewegung dabei eine zentrale Rolle.

Die Februarrevolution 1848 in Frankreich führt im Deutschen Bund zur Verbreitung der Forderungen nach Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und einem demokratisch geeinten Deutschland. Mit der Märzrevolution 1848 werden frühere Versuche zur Abschaffung der hierarchisch geprägten Ständeordnung zugunsten eines demokratischen Rechtsstaates endlich realisiert, wenn auch nur für kurze Zeit.

Der Arbeiterbewegung aber fehlen Organisationsstrukturen. Mit der errungenen Vereins- und Vereinigungsfreiheit erleben gewerkschaftliche Bestrebungen die erste Gründungswelle von Arbeitervereinen, in erster Linie von ABV. Ideologisch und programmatisch sind sie kommunistisch oder liberal-demokratisch orientiert. Das Angebot ist vielfältig, orientiert sich an den Berufen der Mitglieder und versucht die, wenn überhaupt vorhandene, schulische Bildung zu verbessern.

Bildung der Arbeiterklasse wird staatlicherseits durch Volksschulen ermöglicht, deren umgangssprachliche Bezeichnung als „Schule der Untertanen“ alles über die Qualität der Einrichtungen aussagt, die nichts mit dem Bild humanistischer Gymnasien des Bürgertums gemein haben. Neben Rechnen, Schreiben und Lesen, bieten ABV Kurse zu Natur- und Geisteswissenschaften, zur Vermittlung handwerklicher und künstlerischer Fertigkeiten und die körperliche und sittliche Ertüchtigung wird durch kulturelle und sportliche Angebote bedient. Vorlesungen, Diskussionen, Sportveranstaltungen, Feste, gesellige Abende und Ausflüge fördern den Austausch. Ein Wir-Gefühl und neues Selbstbewusstsein entwickelt sich. Aus diesem Klassenbewusstsein heraus entsteht nun die Möglichkeit am politischen und gesellschaftlichen Leben selbstbestimmter teilzunehmen.

Abb.: Mosaik im Eingangsbereich des früheren Stammhauses (erbaut um 1904) vom Arbeiter-Bildungsverein in Peine/Niedersachsen. Quellenangabe: Von Loggediteur (Diskussion) – Eigen, CC BY-SA 3.0, https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=10434177



Eva Detscher. **Das Fähnlein der sieben Aufrechten** hat schon einmal herhalten müssen für eine literarische Begegnung mit dem gesellschaftlichen Wandel, wie er in den Kalenderblättern reflektiert wird (Politische Berichte 6/2016, „Die schweizerische Bundesverfassung“). Dort ging es um die Aushandlungsprozesse zwischen Generationen und Gewerken, diesmal interessiert, wie Keller einen Verein von sieben Männern in den 1840er Jahren beschreibt: eine „Gesellschaft der sieben Männer, oder der Festen, oder der Aufrechten, oder der Freiheitliebenden, wie sie sich abwechselnd nannten. ... alle Handwerksmeister, Vaterlandsfreunde, Erzpolitiker und strenge Haustyrannen ... hatten sie als Kinder noch den Untergang der alten Zeit gesehen und dann viele Jahre lang die Stürme und Geburtswehen der neuen Zeit erlebt, bis diese gegen das Ende der Vierzigerjahre sich abklärte und die Schweiz wieder zu Kraft und Einigkeit führte ... “ In ihren lockeren Zusammenkünften, allerdings regelmäßig zweimal die Woche, ging es in aller Offenheit neben „ihrem häuslichen Schicksal“ vor allem um Politik zwecks Überwindung der Zwietracht in der schweizerischen Gesellschaft. Anlässlich des Eidgenössischen Freischießens 1849 will keiner der sieben Alten sich als Sprecher blamieren, den sie brauchen: sie wollen sich hinter ihrer neuen Fahne als Verein präsentieren. Befreit werden sie aus dieser misslichen Lage durch den jungen Protagonisten der Novelle – Karl, der Sohn eines der Sieben – der beherzt das Anliegen des Vereins vertritt: Freundschaft in der Freiheit!

Auszüge aus Gottfried Keller. „Züricher Novellen.“ Apple Books. Abb.: Buchumschlag, gefunden bei ZVAB.com, Zentrales Verzeichnis antiquarischer Bücher.

xis keine Bedeutung erlangen. Dennoch entstehen bis 1850 zahlreiche politische Vereine, Frauenvereine und Frauenberufsverbände sowie Arbeitervereine als Vorläufer späterer Gewerkschaften und Parteien.

Beispielhaft für diese Entwicklung ist der „Bund der Gerechten“, der 1836 auf Initiative des Schneidergesellen Wilhelm Weitling aus dem in Paris schon 1834 gegründeten „Bund der Geächteten“ hervorgeht. 1847 wird er unter Beteiligung von Karl Marx und Friedrich Engels zum „Bund der Kommunisten“ umbenannt. Er wird zum Vorläufer aller späteren sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1864) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869) tragen ihre Wurzeln im Kampf um die Freiheitsrechte. Gerade die Arbeiterbewegung zeigt, dass das Vereinswesen zur Massenbewegung werden konnte, dass freiwillige Zusammenschlüsse als Organisationsprinzip differenzierter gesellschaftlicher Interessen ihre Notwendigkeit und Berechtigung haben.

Wilhelm Weitling

„Arbeiterjugend! Wissen ist Macht“ – Berufliche Bildung, eigenes Wachstum, politische Teilhabe und sozial-kulturelle Vergemeinschaftung, alles war in den Arbeiterbildungsvereinen programmatisch schon aufgenommen. www.fes.de/hfz/arbeiterbewegung/themen/arbeiterbildung

Weitling: Schweizerischen Sozialarchiv. https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_F_Pa-0001-048

Inhalt

Aktuelles 2
Der Jugoslawien-Krieg – Gestiftetes Unheil
Höcke-Flügel mit völkischem Rentenkonzept

Rojava verteidigen – Das türkische Regime führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg 3
Der Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation von Nordsyrien
Stellungnahmen der kurdischen Kräfte

Papua-Neuguinea: Projekt gegen die Folgen der Dürre 7

Aktionen – Initiativen: Türkische Syrien-Offensive stoppen 8
Stoppt den Krieg – Solidarität mit Rojava • Demounterstützung gegen Einmarsch der Türkei in Syrien • Erklärung Katja Kipping, Vorsitzende der Partei Die Linke: Türkische Offensive in Syrien stoppen! • Petition an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterzeichnen • Offener Brief an NRW-Innenminister Herbert Reul

Bürgerwehren machen mobil – Die Steeler Jungs in Essen 10
Keine rechte Bürger-Wehr! Auch nicht in Huttrop! • Gerhart Baum: Der Rechtsextremismus in unserem Lande ist heute gefährlicher als je zuvor • Rat der Stadt Essen unterstützt Initiativen für ein buntes Steele und gegen die sog. „Steeler Jungs“

Kommunale Politik 13
Überfall auf Demonstranten: Essen. • AfD liefert Stichworte für Rechtsterrorismus: Wesel. • Rechte Bürgerwehr vor Rheinbad löst Polizeieinsatz aus. Düsseldorf. • Öffentliche Nazi-Propaganda in Dresden erst mal verboten – nach über einem Jahr. • Gegen jeden Antisemitismus! Willmersdorf. • Engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft und Politik besser vor Gewalt schützen: Schwerin.

Die Auseinandersetzung um europäische Rahmen für Mindestlöhne und -einkommen spitzt sich zu: Schmits Aufgabenzettel 14

DGB: Tarifrunde Leiharbeit: Mehr Geld und bessere Perspektiven gefordert 15

„Die neuen Gesichter des Faschismus – der Populismus und die extreme Rechte“ 16

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten 17

Wahlkampf in Zeiten der Katalonienkrise 18

Thüringen – Eine zweite Chance für emanzipative Politik 19

Nach der „Deutschland AG“: die neuen Eigentümer heißen BlackRock & Co 21

Kalenderblatt, 1. Juni 1794, Preußen: Vereinigungsfreiheit – Voraussetzung pluralistischer Gesellschaften 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 5. Dezember 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 29. November. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Wahlen 2020: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. Februar

Die Linke Landesverband Hamburg teilte mit, dass sie die Kandidatenliste und das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 beschlossen hat. Die Landtagswahl in Hamburg ist die einzige Wahl im Jahr 2020, außer es kommt zu einer vorgezogenen Bundestagswahl wegen Bruchs der Koalition aus Union und Sozialdemokraten.

Özdemir, Stoop und Boeddinghaus sind Spitzenkandidat*innen für Die Linke zur Bürgerschaftswahl

Cansu Özdemir, David Stoop und Sabine Boeddinghaus führen Die Linke in den Bürgerschaftswahlkampf. Die Landesvertreter*innenversammlung wählte die beiden Fraktionsvorsitzenden und den Landessprecher am Sonntag, 20. Oktober, im Gewerkschaftshaus auf die ersten drei Plätze der Landesliste.

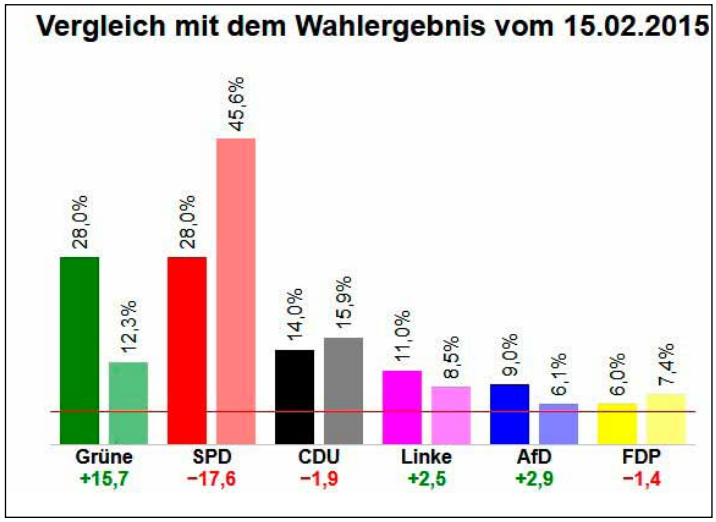
Bereits am Vortag hatte der Parteitag das Wahlprogramm beschlossen und dabei unter anderem über rund 250 Änderungsanträge beraten. Schwerpunkte der Partei im Wahlkampf wie in der nächsten Bürgerschaft werden demnach die Mieten- und die Klimapolitik sowie der Kampf gegen die soziale Spaltung und für eine bessere Pflege sein.

„Wir stehen für eine radikale sozial-ökologische Wende, wir werden aus der Opposition heraus weiter Druck aufbauen, wie wir es schon bei Mindestlohn und G 20 gemacht haben“, sagte **Cansu Özdemir**, die im ersten Wahlgang bei einer Gegenkandidatur mit 61,6% der Stimmen auf Listenplatz 1 gewählt wurde. *„Wir verstecken uns nicht hinter flachen Parolen, die keine Änderungen bringen, wie es die anderen Parteien tun. Wer zum Beispiel den Klimaschutz ernst meint, muss die Weichen für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr stellen. Dafür stehen wir.“*

Landessprecher **David Stoop**, bei einer Gegenkandidatur mit 52,5% auf Listenplatz 2 gewählt, sagte in seiner Bewerbungsrede: *„Wenn man sich die politische Realität in Hamburg ankuckt, wenn man sich SPD und Grüne ankuckt, dann ist doch klar, mit denen geht keine Koalition, mit denen ist keine Abkehr vom neoliberalen Kapitalismus zu machen! Denn es reicht zur Eindämmung des Mietenwahnsinns nicht, zu bauen, bauen, bauen, und alles andere dem Markt zu überlassen. Die soziale Ungleichheit lässt sich nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen. Wir stellen die Eigentumsfrage, und wir stellen sie offensiv!“*

Cansu Özdemir, David Stoop, Sabine Boeddinghaus (Foto: H. Singler)

Auf Listenplatz 3 kandidierte **Sabine Boeddinghaus**, die sich im ersten Wahlgang bei einer Gegenkandidatur mit 61,6% durchsetzte. *„Die Linke macht den Unterschied, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht“*, sagte sie in ihrer Rede. *„Wir legen zum Beispiel ein inklusives Schulgesetz vor, denn Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der für alle Schulformen gleichermaßen gelten muss – für unsere Grund- und Stadtteilschulen genauso wie für die deutsche heilige Kuh, das Gymnasium.“*



Für die bevorstehende Bürgerschaftswahl gibt es aus jüngerer Zeit nur eine Umfrage, die im Auftrag der „Morgenpost“ online durchgeführt wurde und am 17. September veröffentlicht wurde. Danach wären Grüne und SPD gleichauf, mit Verlusten fürs rot-grüne „Lager“. Die Linkspartei würde zulegen.